

82

März/April '00
14. Jahrgang
DM 3,00
ISSN: 1436-7823

Antifaz

Zeitung gegen Rassismus,
Faschismus und Imperialismus
für Menschenrechte, Demokratie und Freiheit der Völker

Weitere Themen:

- NPD-Demo
in Berlin
- 8. März
Internationaler
Frauentag
- Recklinghäuser
Flüchtlingstagung
- Österreich im
Netz der EU
- DVU-Kreisverband RE
gegründet
- Wehrmachtsausstellung

Titelthema:

Haider
ante portas



Inhaltsverzeichnis

Editorial	1
Bericht	
Haider Ante Portas	4
NPD – Demo in Berlin	11
VHS – Ausstellung: Fremdarbeiter in Recklinghausen	13
8. März – Internationaler Frauentag	17
Recklinghäuser Flüchtlinstagung	27
DVU – Kreisverband Recklinghausen gegründet	35
Analyse	
Zum vorläufigen Ende der Wehrmachtsausstellung	29
Österreich im Netz der EU	37
Dokument	
Frauensolidarität in Österreich	44
Kurznachrichten	
News aus dem Revier	42
Buchbesprechung	
Der unbekannte Widerstand	43
Material	A-II

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnementsbedingungen:

Einzelabonnements/Jahr 27 DM
Förderabonnements/Jahr 30 DM

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM
5,5 cm	< 6 cm	< 60,-
5,5 cm	8-10 cm	60,-
10,5 cm	6-8 cm	75,-
5,5 cm	24 cm	120,-
7,7 cm	24 cm	150,-
16 cm	12 cm	150,-

Impressum

Die AntifaZ ist die Zeitschrift des AFB Ruhrgebiet. Sie erscheint alle 2 Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361/26345

ISSN: 1436-7823

Redaktionsanschrift:
Bert-Brecht-Zentrum
Herner Str. 43
45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/901923
Fax: 02361/21686
eMail: afb-bbz@t-online.de

Redaktionssitzung:
Mittwochs ab 19 Uhr

Abonnenten- und Anzeigenkonto:
BLZ: 430 500 01
Konto-Nr.: 334 010 27
(Stichwort „AntifaZ“)
Sparkasse Bochum
Inhaber: K. Dillmann

Redaktionsschluss Nr. 83: 28.04.2000

EDITORIAL

„Haider ante portas“ - wohl kaum eine Publikation hat sich in den vergangenen Wochen nicht mit der „Machtübernahme“ der FPÖ in Österreich unter der Führung Jörg Haider beschäftigt.

Das ist gut so, denn die Entwicklung in Österreich ist kein spezifisches Problem der „Alpenrepublik“, sondern muss auf dem Hintergrund der Entwicklung faschistischer Formierung in Europa insgesamt analysiert werden.

Klaus Dillmann geht im Leitartikel der vorliegenden Ausgabe unserer Zeitschrift ausführlich auf diese Entwicklung ein. Dass die „Machtübernahme“ der Rechten in Österreich auch Auswirkungen auf Deutschland hat, liegt auf der Hand.

So ist es keineswegs Zufall, dass in den vergangenen Wochen in kürzester Zeit gleich zweimal deutsche Faschisten von der NPD und „freien Zusammenhängen“ in Berlin - in der „Reichshauptstadt“, wie es im Nazivokabular lautet - am Brandenburger Tor aufmarschieren durften. Dieser Staat hat seinen Frieden mit den faschistischen Organisationen gemacht und ihnen die demokratischen „Weihen“ erteilt.

Es war für die **Recklinghäuser Volkshochschule** und für Recklinghausens Bürgermeister selbstverständlich, dass **Nazis von der NPD** Einlass zur Eröffnung der Ausstellung „**Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in Recklinghausen im Zweiten Weltkrieg**“ erhielten - die Faschisten sind ja legal, also genießen sie auch sämtliche demokratischen Rechte, nicht wahr?

Auch bei der Auseinandersetzung mit Haider und der FPÖ tut sich „die Demokratie“ schwer. Soll man die „argumentative Auseinandersetzung“ suchen oder die Nazis von der FPÖ „boykottieren“.

Dass faschistische Organisationen laut Grundgesetz verboten sind, die Frage wird nicht einmal aufgeworfen. Denn ein Hauptmerkmal bürgerlich-demokratischen Politikverständnisses ist die Behauptung, dass Organisationen wie FPÖ, NPD, DVU, Front National und andere *keine* „Nationalsozialisten“ sind - einzige Begründung für diese Auffassung ist die *Behauptung* der modernen Faschisten selber, dass sie keine Nachfolgeorganisationen der NSDAP seien.

Neofaschisten - so will es die bürgerlich-demokratische Begriffsbestimmung - gibt es nur in der Erscheinungsform „gewaltbereiter Skinheads“ - und das sind die genannten Organisationen ja ohne Zweifel nicht.

AntifaschistInnen tun sich nach wie vor schwer damit, dieser „Argumentation“ des bürgerlichen Staates und der „demokratischen“ Parteien eine geeignete Strategie entgegenzusetzen.

Um so erfreulicher ist die Tatsache, dass in Österreich seit der Regierungsübernahme durch FPÖ und ÖVP kein Tag mehr vergangen ist, an dem nicht hunderte und tausende auf die Straße gingen und „Widerstand“ organisierten.

Die schon für die letzte Ausgabe vorgesehene Zusammenfassung von Klaus Dillmann über die aktuelle Situation der **Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“** erscheint in der vorliegenden Ausgabe.

Außerdem gibt es einen Bericht von **Hülya Takak** vom **Internationalen Freundschaftsverein** zum **8. März, dem Internationalen Frauentag**.

Überhaupt kommen die Probleme der Frauen in dieser Ausgabe mal wieder etwas stärker zu ihrem Recht - so gibt es eine Stellungnahme der **österreichischen „Frauensolidarität“** zur Politik der neuen Regierung in Österreich.

Auch in dem Bericht über die Eröffnung der „Zwangsarbeiter“-Ausstellung in der Recklinghäuser VHS steht das Schicksal von Frauen im Mittelpunkt.

Wegen der Fülle an Material erscheint der vorgesehene **Bericht über die Hizbullah-Morde** und die **Verantwortung des türkischen Staates für die Terroraktionen** erst in der kommenden AntifaZ.

Ausführlich gehen wir auf die Ergebnisse der ersten **Recklinghäuser Flüchtlingsstagung** am 29. Januar ein, vorgestellt wird hier die Arbeit der **Recklinghäuser Koordination „kein mensch ist illegal“** und geplante Aktionen gegen **drohende Massenabschiebungen in den Kosovo**.

Ein längerer Artikel beschäftigt sich mit der DVU - Hintergrund ist die Ende 1999 erfolgte **Gründung des Kreisverbandes Recklinghausen-Gelsenkirchen-Bottrop der DVU**.

Und allen, die noch mehr über Faschisten in Österreich wissen wollen, sind die **Gelben Seiten** zu empfehlen, die eine Übersicht über faschistische Publikationen und Organisationen in unserem Nachbarland bieten.

Kurz vor Redaktionsschluss erhielten wir noch einen Bericht über den letzten **NPD-Aufmarsch am 12. März in Berlin**, wo diese für „Solidarität mit Österreich“ demonstrierte - passend zum historischen Tag des „Anschlusses“ Österreichs ans „Deutsche Reich“ am 12. März 1938.

Was es sonst noch gibt, ihr findet es im Inhaltsverzeichnis

Für die Redaktion

Stefan W. Born

HAIDER ANTE PORTAS

Seine Stunde ist noch nicht gekommen...

„Haider ist nicht der Gegner der Massen, er ist nur der vom wirklichen Gegner vorgeschützte Gegner. Er ist ein Würstchen, und wenn wir in ihm etwas anderes sehen als ein Würstchen, dann sitzen wir schon der Propaganda auf, dort Unterschiede zu sehen, wo keine wirklichen sind, nämlich zwischen den Parteien, und dort keine, wo riesengroße sind, nämlich zwischen den gesellschaftlichen Klassen. Die lärmende Kampagne gegen Haider (an der er selbst wie ein Berserker mittut) ist in Wahrheit eine Kampagne gegen die breite Masse der österreichischen Bevölkerung, weil sie gedacht und gemacht ist, diese in die Irre zu führen. Erst der von einigen gerissenen Strategen geplante und von hunderten selbst hinters Licht Geführten mit echter Begeisterung ins Werk gesetzte Anti-Haider-Taumel macht die gesteigerte massenfeindliche Politik möglich, die in Österreich betrieben wird. In diesem flächendeckend aufgezogenen Ablenkungsmanöver kämpfen in vorderster Reihe ganze Bataillone von Künstlern, Wissenschaftlern und Medienleuten. ... Jeder, der von Haider zum Erschrecken gebracht wird, zählt - als ein außer Gefecht Gesetzter im Kampf gegen die herrschenden Zustände.“ (Markus Wilhelm)

Protest auf den Straßen Wiens

Haiders Massenbasis ist groß und wird weiter wachsen. Trotz einer 300.000 Menschen starken antifaschistischen Protestdemonstration in Wien am 20.02.2000, zu der die **Demokratische Offensive, SOS Mitmensch** und mehrere jüdische Organisationen aufgerufen hatten und die die neu vereidigte Regierung unter dem immer freundlich grinsenden „kleinen Schwarzen“, **Wolfgang Schüssel** (ÖVP), der sich da auskennt, da er so lange wie kein anderer aus seinem Kabinett (seit 1968) in diesen Gebäuden ein- und ausging, zwang, vom Palast des Präsidenten Klestil aus durch einen unterirdischen Geheimgang zu ihren Arbeitsplätzen zu gelangen. Schüssel ist, was markige Sprüche betrifft, dem Jörg Haider gar nicht unähnlich. Den deutschen Bundesbankpräsidenten **Hans Tietmaier** bezeichnete er im Juli 1997 in Amsterdam - damals als österreichischer Außenminister - als „richtige Sau“, einen schwedischen Minister als „Trottel“, einen afrikanischen Außenminister als „Bloßfüßigen“ und den weißrussischen Präsidenten **Aleksandr Lukaschenko** als „Kümmeltürk“ (vgl. Martin

H. Schwarz, „Haiders Schlüssel-Figur“, in Jungle World Nr. 10 vom 01.03.2000). **Sabine Christiansen** weiß in ihrer ARD-Show mit Schüssel von alledem nichts. „Ganze Familien waren ebenso erschienen wie Hippies, Punks, Pelz tragende Damen aus der feinen Gesellschaft, Herren mit Schlips und Kragen sowie Rentner und Schüler. Ein Querschnitt der Bevölkerung wollte 'das andere Österreich' darstellen und beweisen, daß 'Österreich kein Nazi-Land' ist, sondern eine weltoffene Demokratie. (...) In Anspielung auf die Fliege (Mascherl) des neuen österreichischen Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel sprachen Demonstranten vom 'Mascherldrahtzaun', der Österreich jetzt vom übrigen Europa abgrenze. 'Vom Herzen in den Arsch Europas' stand auf einem Plakat. 'Mit siebenundzwanzig Prozent ins Neandertal' lautete ein Slogan unter Anspielung auf den Stimmenanteil von Jörg Haiders FPÖ bei der letzten Wahl. (...) Bei der Abschlußkundgebung sprach neben dem französischen Schauspieler **Michel Piccoli** der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, **Michel Friedman**. Es gelte nicht, Österreich zu isolieren, (...) sondern gemeinsam mit Österreich den



Foto: AP

Kampf gegen den Rechtsextremismus aufzunehmen. 'Antisemitismus ist Menschenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit ist Menschenfeindlichkeit.' (...) Die Demonstranten witzelten derweil über das neue Regierungsprogramm: 'Budgetsanierung superflott - mit Stornos und EU-Boycott!'" (Jüdische Allgemeine Wochenzeitung, Berlin, 02.03.2000)

Die Großdemonstration vermittelt hier ein trügerisches Bild, die große Zahl kam auch zustande, weil die nun oppositionelle Sozialdemokratie sich wie-

der einen linken Anstrich geben muß. Durch Übertreibung hat sie ein bestimmtes Klima miterzeugt. Viele trauen sich schon jetzt nicht mehr, den Mund aufzumachen. Dabei geht ihnen noch niemand unmittelbar an den Kragen.

Hilfloser Antifaschismus in deutschen Medien

Deutsche Fernsehmoderatoren, die meinen, einen Jörg Haider dem deutschen Publikum als einen bösen Faschisten vorführen zu können, wie etwa der Talk-im-Turm-Moderator **Erich Böhme** (diesmal im n-tv), bereiten in Wirklichkeit das Terrain für seinen weiteren Aufstieg vor. Die von Böhme geladenen Gesprächspartner **Ralph Giordano** (Publizist), **Freimut Duve** (SPD), **O S Z E** (Medienbeauftragter), **Michael Glos** (CSU-Landesgruppenchef in Berlin) sollten Haider „die Maske vom Gesicht reißen“, „den Mythos Haider entzaubern“. Aber sie sahen blaß neben ihm aus. Auf Böhmes plumpe Frage: „Sind Sie ein Neonazi, ein Neofaschist, ein Nationalist oder ein Populist?“ gibt der Wolf, der Kreide gefressen hat, die Antwort: „Ich bin ein freiheitlicher Reformpolitiker“, auf die Feststellung Giordanos, Haider sei ein „Zwangsdemokrat“, kontert dieser: „Wir leben (in Österreich) in einer Zwangsdemokratie und wollen jetzt eine echte Demokratie, keine Parteienherrschaft“, und schon faßt das jüdische Geißlein Giordano Zutrauen zu dem antisemitischen Wolf: „So wie wir hier sitzen, sind Sie einer der sympathischsten Menschen, die mir in meinem 76jährigen Leben begegnet sind.“ Schließlich versuchte Böhme es noch einmal, Haider aus der Reserve zu locken: „Wollen Sie Österreich an Deutschland anschließen?“ Haider lässig: „Bei der Qualität Eurer Politik haben wir da keine Sehnsüchte.“ Nur Glos, der mit ihm sympathisiert, bleibt äußer-

lich böse. Er erklärte hinterher, der einzige wirkliche Gegner von Haider gewesen zu sein. Und das sagt schon alles über das Niveau. (Wie sich nur wenig später zeigt, liegen Glos, der neue CDU-Fraktionschef **Ulrich Merz** und andere mit ihrer Forderung nach völliger Abschaffung des Asylrechts ganz auf Haiders Linie, der ja auch darauf hinweisen konnte, daß der deutsche Innenminister **Otto Schily** in Deutschland längst in die Praxis umgesetzt hat, was Haider für Österreich verlangt. Und mit der „Kinder-statt-

Wer ist Jörg Haider und wie finanziert er seine Karriere?

Jörg Haider verdankt seinen scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der falschen, die tatsächlichen Klassenwidersprüche zwischen denen, die immer reicher, und denen, die immer ärmer werden, überspielenden Polarisierung der österreichischen Gesellschaft. Er hat für die tatsächlich Herrschenden das richtige Konzept und die auch für die politische Schmutzarbeit geeigneten Verbindun-



Der „talkende“ Haider

Foto: Reuters

licher „Kampagne will die wieder auf Angriff gepolte CDU statt des Asylrechts ein „Einwanderungssteuerungsgesetz“ entsprechend dem Bedarf der Wirtschaft durchsetzen - auch das liegt ganz auf Haiders Linie.

Da die - zudem von Sachkenntnis über die frühere und aktuelle Politik der FPÖ wenig getrübt - Kritik solcher Fernsehmoderatoren nicht wirklich radikal ist und solche Zusammenhänge außen vor beläßt, gerät ihre Entlarvungsabsicht zur weiteren Hoffähigmachung. Politische Primaballerinen können das Forum nutzen, um auch in anderen Ländern Furore zu machen. Warum auch nicht? Das Europa der Monopole muß sich ihre Fähigkeiten für erforderliche Fälle warmhalten.

Zudem ist er in seinen Zielvorstellungen alles andere als unbeweglich und in der Lage, bei Bedarf ohne Gesichtverlust zu erklären: „Was kümmert mich mein dummes Geschwätz von gestern!“

Jörg Haider stammt aus einer braunen Familie. Sein Vater, **Robert Haider**, seit 1930 Mitglied der damals in Österreich noch illegalen SA, war aktiv mit von der Partie, als die österreichischen Nazis (von Hitler heimlich ermutigt) gegen den klerikalfaschistischen Bundeskanzler **Engelbert Dollfuß**, der unter Ausschaltung des Nationalrats einen **autoritären christlichen Ständestaat** errichten wollte und im Juni 1933 die NSDAP und nach einem mißglückten Aufstand auch die Sozialdemokratie verboten hat-

te, putschten und ihn am 25.07.1934 ermordeten. Robert Haiders Sturmtrupp **Österreichische Legion** hatte in der Zeit vom 24.07. bis zum 27.07.1934 in Oberösterreich mehrere Orte überfallen. Dabei wurde in der Ortschaft Kollerschlag der Gendarm **Johann Hölzel** erstochen. Der Aufstand der Nazis wurde niedergeschlagen. Gegen Robert Haider erging ein Haftbefehl wegen Hochverrats und Meuchelmordes, und er mußte sich nach Bayern absetzen. Die deutsche Reichsregierung leugnete damals noch jede Beteiligung an diesem Putsch, weil Mussolini, zu dem Dollfuß enge Verbindungen unterhalten hatte, Truppen an die österreichische Grenze stationierte, um ein drohendes Übergreifen auf **Südtirol** zu verhindern. Hitler wollte es mit dem Duce nicht verderben. Robert Haider, der nach dem Anschluß Österreichs 1938 und der Installierung von **Arthur Seyß-Inquart** zum Regierungschef zurückkehrte, wurde Gaujugendverwalter von Oberdonau (Oberösterreich). Später erklärte er: „*Daß der Staat heute so dasteht, ist ein Verdienst unserer Generation. Wir sind Deutschbekenner.*“ (*WELTWOCH*, 09.03.1989) Seine Frau, 1945 Bannjugendführerin, ergänzte: „*Aber wir sind nicht 1945 stehen geblieben. Wir haben aus der Vergangenheit gelernt. Heute sind wir völkisch und liberal, also freiheitlich im besten Sinne.*“

Jörg Haider (geboren 1950 und im Salzkammergut, im Bereich der „**Alpenfestung**“, aufgewachsen) schloß sich als Gymnasiast der deutschnationalen **Burschenschaft Albia** an, die 1963 ihre Jahrestagung in Bad Aussee demonstrativ auf „Führers Geburtstag“ (20. April) legte und mit Fackelzug und Beflaggung der Häuser plante. Das jedoch verbot die steirische Sicherheitsdirektion in Graz. Schon als 16jähriger gewann

Jörg Haider einen Redewettbewerb des **Österreichischen Turnerbundes (ÖTB)** und forderte „*die Abwehr aller Bestrebungen, die auf eine Loslösung Österreichs vom Deutschtum gerichtet sind.*“ Seine Rede wurde unter dem Titel „*Österreich bleibt deutsch*“ in der nationalistischen **DEUTSCHEN NATIONALZEITUNG** abgedruckt. Sein Abitur machte Jörg Haider am Bundesgymnasium in Bad Ischl. Sein Lehrer für Mathematik und Physik benutzte den Unterricht, um den Schülern beizubringen, die Gaskammern in die Todeslager des Nazistaates seien dort nachträglich von den Amerikanern eingebaut worden, in den „Konzentrationslagern“ seien nur Verbrecher vergast worden.

FPÖ-Obmann **Friedrich Peter**, ehemals Frontoffizier der Waffen-SS und 1942 Mitglied der 1. SS-Infanteriebrigade, die im Herbst und Winter 1942 in der Ukraine „*innerhalb von 4 Monaten 387.000 Juden und Partisanen ermordet*“ haben soll (*DIE WELT*, 10.09.1976), wurde 1965 auf Jörg Haider aufmerksam und förderte ihn, so gut er konnte. Neben Jurastudium und Promotion stieg Jörg Haider in der FPÖ rasch auf, war 1967 Landesvorsitzender der FPÖ-Jugend, 1968 stellvertretender Bundesvorsitzender und 1970 (mit 20 Jahren) ihr Bundesvorsitzender und zugleich im **Ring Freiheitlicher Studenten** aktiv. 1975 ging er in das traditionell stark deutschnational beeinflusste Kärnten, wurde dort (1977) Parteisekretär, 1979-1983 zugleich Parlamentsabgeordneter und Sozialsprecher der FPÖ in Wien, 1983 FPÖ-Landesvorsitzender in Kärnten, zugleich Landrat. Am 14.09.1986 erlangte er auf dem 12. ordentlichen Bundesparteitag der FPÖ in Innsbruck mit 57,7 % (460 Delegiertenstimmen) in einer Kampfabstimmung gegen Steger (39,2 %) die Position des FPÖ-Parteiobermanns, laut *SPIEGEL*

ein „*neues Indiz für den bereits im Waldheim-Wahlkampf manifest gewordenen nationalistischen Trend im österreichischen Politspektrum.*“

Es gab Drohungen gegen den weniger nationalistisch gesinnten vorherigen Partei-Obmann Dr. Norbert Steger, er gehöre „*vergast und erschossen*“; eine Hitlergedenkmünze wurde herumgereicht. Als Haider zum Rednerpult schritt, wurde er von „Sieg Heil!“-Rufen begleitet (*SPIEGEL*, 22.09.1986).

Jörg Haider ist seit 1986 der wohl reichste Politiker Österreichs, nachdem ihm von seinem Großonkel **Wilhelm Webhofer** das Bärenal (mit einem Wert von 120-160 Millionen Schilling) vermacht worden war. Dieser Wilhelm Webhofer hatte sich nach 1945 an der **Nazifluchthilfe-Organisation ODESSA** beteiligt und soll als Mittelsmann für verstecktes Nazi-Vermögen tätig gewesen sein. Das Bärenal war 1941 im Rahmen der „Entjudung“ der italienischen Jüdin **Mathilde Roifer** von dem „Vollarier“ **Josef Webhofer** (Vater des Wilhelm Webhofer) für einen Spottpreis zwangsweise abgekauft worden. Ihr Versuch, es nach dem Krieg zurückzuerlangen, scheiterte.

Von der Warte eines stinkreichen Mannes aus, dessen Popularität auch durch Veröffentlichung von anzüglichen Fotos in entsprechenden Organen wie *PLAYMATE* - die ihn als besonders sportlich, jungenhaft jung und sexy und von Frauen umschwärmt herausstreichen - eher erhöht wurde, kann Haider natürlich seine auf Bestechungsgelder angewiesenen politischen Konkurrenten kräftig geißeln und zugleich Spenden zur Unterstützung seiner den Spendern - darunter auch dem Wahl-Kärntner und Multimilliardär **Friedrich Karl Flick**, aber vor allem den Kapitalisten der Baubranche - höchst nutzbringenden Politik huldvoll in Empfang nehmen.

Als Haider 1992 nach lauter werdender innerparteilicher Kritik an seinem Führungsstil in der FPÖ mit Rücktritt als Parteibobmann drohte und die Vertrauensfrage stellte, wurde er vom Parteivorstand am 04.03.1992 in Neuhofen am Inn einstimmig in seinem Amt bestätigt, einen Tag später kündigte der FPÖ-Fraktionschef **Norbert Gugerbauer** seinen Rücktritt an, Haider wurde am 10.03. neuer Fraktionsführer und am 16.05.1992 auf dem 21. FPÖ-Parteitag in Badgastein, wo er die „*totale Macht*“ für sich forderte, mit 95,8 % der Delegiertenstimmen in seinem Amt bestätigt.

Innerhalb weniger Wochen hatte sich damit ein seit langem schwelender Richtungsstreit innerhalb der FPÖ zu Haiders Gunsten entschieden, und langjährige liberalere Parteiführer, die ihn zuvor noch bei seinem Aufstieg an die Spitze der Partei unterstützt hatten, traten aus der FPÖ aus. Dennoch ließ sich Heide Schmidt noch für die Bundespräsidentenwahl aufstellen, errang dabei aber nur 16,41 % der Stimmen. Da keiner der Mitbewerber die absolute Mehrheit errang (der SPÖ-Kandidat **Rudolf Streicher** bekam 40,68 %, der ÖVP-Kandidat **Thomas Klestil** 37,19 %, der für die Grünen kandidierende parteilose **Robert Jungk** 5,72 %), kam es am 24.05. zu einer Stichwahl zwischen Streicher und Klestil, bei der Klestil siegte (mit 56,85 % gegen 43,15 %).

Mit der Begründung, die FPÖ unter Jörg Haider sei zu einer nach dem Führerprinzip strukturierte Partei verkommen, gründeten am 17.06. ehemalige FPÖ-Mitglieder nach deutschem Vorbild eine **Freie Demokratische Partei Österreichs (FDP)** (Sprecher: **Mario Ferrari-Brunnenfeld**). Schon zuvor (am 04.02.1992) hatte sich eine **Wirtschaftspartei (WIP)** gegründet (Vorsitzender: **Martin Zinnobel**).

Am 10.01.1993 startete Haider unter dem von der SPÖ abgegrackten Slogan „*Österreich zuerst*“ zu seinem **Volksbegehren** gegen den Zuzug von Menschen aus dem Ausland. In dem von ihm vorgelegten **12-Punkte-Programm** forderte er u.a.:

- Aufnahme einer Bestimmung in die österreichische Verfassung: „*Österreich ist kein Einwanderungsland.*“
- Zuzugsstopp für Ausländer bis zur Beseitigung der Wohnungsnot und Senkung der Arbeitslosenquote auf 5 %
- Höchstbegrenzung des Anteils ausländischer Kinder in den Schulklassen auf 30 %.
- Ausweisungspflicht für ausländische Beschäftigte an den Arbeitsplätzen
- Nachweisungspflicht für Ausländer darüber, wie sie ihr Geld verdient haben
- verschärfte Bestrafung von illegal Beschäftigten
- Verstärkung von Polizei und Gendarmerie durch Neueinstellungen und bessere Ausrüstung.

Trotz vehementer Entrüstung über dieses Programm bei allen im Nationalrat vertretenen Parteien außer der FPÖ und in den Medien, einer Lichterkette in Wien von rund 200.000 Menschen gegen Fremdenhaß (am 24.01.1993) und Warnungen vor einer „*Emotionalisierung der sensiblen Ausländerfrage*“ konnte der damalige Innenminister **Franz Löschnak** (SPÖ) zutreffend feststellen, der Haidersche Forderungskatalog sei „*in Wirklichkeit ein Nachhinken dessen, (...) was die Bundesregierung bereits in Bewegung gesetzt hat.*“ (*profil*, 27.10.1992)

Haider warnt vor „*Rostocker Verhältnissen*“, wie sie damals im Zuge der Asyldebatte in der BRD und der dadurch in Gang gesetzten Anschlagserie auf Flüchtlingsheime als abschreckendes Beispiel allen vor Augen stand, das Volksbegehren sei eine Möglichkeit, „*mit dem Stiff*

und nicht mit dem Stein“ die Einwanderungspolitik zu bestimmen, es sei ein „*Probegalopp für die nächste Nationalratswahl*“, aus der sich Haider schon damals eine Schwächung der SPÖ und Bildung einer ÖVP/FPÖ-Koalition versprach, die es ihm gestatten würde, Bundeskanzler zu werden.

Wenn Haider gegen ein „*Überhandnehmen*“ von Ausländern in Österreich hetzt, so heißt das nicht, daß er auf ihre Arbeitskraft verzichten will. Die Auswahl habe jedoch „*nach dem Bedarf der Wirtschaft zu erfolgen. Dabei ist vorwiegend nach dem Schweizer Modell des Saisoniers vorzugehen*“, eines Modells, das hohe Ausbeutung bei niedrigen Kosten gewährleistet: Österreich würde von der billigen Arbeitskraft profitieren, könnte die ausländischen wie alle anderen Arbeitskräfte zur Zahlung von Steuern heranziehen, ohne daß sie jedoch davon etwas hätten, da sie wegen ihrer kurzen Beschäftigungszeit und durch anschließendes Zurückschicken in ihre Heimat ohne sozialrechtliche Ansprüche blieben. Zugleich spare der Staat Kosten für Erziehung, Bildung und Infrastruktur, da die Familien der Beschäftigten nicht nachkommen dürften (vgl. dazu **Hans-Henning Scharsach**, Haiders Kampf, Orac-Verlag Wien 1992).

Auch wenn bis zum 01.02. (Ende der Einschreibungsfrist) nur 417.278 Wahlberechtigte (7,37 %) für Haiders Volksbegehren stimmten, was für Haider „*kein schönes Ergebnis*“ war, konnte er sich in dieser Kampagne zu Lasten von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Armutsmigranten, die „*zunehmend zu Geiseln der österreichischen Fremdenpolitik*“ wurden (*profil*, 27.10.1992), als „*staatsmännisch*“ im Sinne der kapitalistischen Demokratie profilieren.

Mit 4 weiteren Parlamentsabge-

ordneten jedoch verließ nach dem Scheitern des Volksbegehrens die Generalsekretärin der FPÖ, Heide Schmidt, die bis dahin mitgemacht hatte, die Partei. Sie gründeten am 04.02.1993 das Liberale Forum, da die FPÖ nicht mehr ihre „Heimat“ sei. Der Nationalrat beschloß am 27.02. eine Verschärfung der Gesetze gegen Aktivitäten der Neonazis (für die in schweren Fällen bis zu 20 Jahre Freiheitsstrafe angedroht wurden).

FPÖ erstmals in einem österreichischen Bundesland stärkste Fraktion geworden ist (mit 42,1 % der Wählerstimmen), seit dem 08.04.1999 diese Position wieder ein. Die ÖVP, die den vorherigen Landeshauptmann gestellt hatte, aber nur auf 20,7 % der Wählerstimmen gekommen war, enthielt sich der Stimmen und machte damit Haiders Wahl erst möglich.

Worin besteht die Massenbasis

Haider nicht. 1989 hielt er auf einem Kameradschaftstreffen der Waffen-SS eine Rede: „*Ich bin nicht allein, sondern viele junge Menschen denken so wie ich, wenn sie sagen: Ihre Opfer sind und sollen nicht umsonst gewesen sein. Ohne Ihren Opfermut gäbe es heute nicht jene Freiheit im westlichen Europa.*“

Im September 1995 redet er vor SS-Veteranen und spricht sie als „*anständige Menschen mit Charakter*“ an. Es handelt sich um eine SS-Veteranenorganisation **Kameradschaft IV**, die regelmäßig zu **Ulrichsbergstreffen** in Klagenfurt zusammenkommt, an denen Jörg Haider seit Jahren hin und wieder teilnimmt (zuletzt 1998 vor seiner Wahl zum Landeshauptmann), ein Kreis, zu dem auch **Gudrun Burwitz**, Tochter des Reichsführers SS **Heinrich Himmler**, und **Florentine Rost van Tonningen**, Ehefrau des Nazi-Kollaborateurs und Sturmbannführers der Waffen-SS **Meinoud Marinus**, während der deutschen Besetzung der Niederlande Präsident der niederländischen Nationalbank, teilnehmen. Die Villa der Florentine Rost van Tonningen war über Jahre hinweg Versammlungsort der deutschen Neonazi-Gruppe **Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front**.

Im ORF (österreichischer Fernsehsender) sagte Haider im November desselben Jahres: „*Die Waffen-SS war Teil der Wehrmacht, und es kommt ihr daher alle Ehre und Anerkennung zu, die sie im öffentlichen Leben hat.*“ (TAZ, 08.01.1996)

Auch Kriegsverbrecher wie **Walter Reder**, als Befehlshaber der 16. SS-Panzer Grenadier-Division 1944 schuldig am **Massaker von Marzotto**, „*dem größten Kriegsverbrechen auf italienischem Boden*“ (SPIEGEL, 28.01.1985), bei dem die Kleinstadt völlig zerstört, seine 1830 Einwohner



Nach der „Machtergreifung“

Foto: dpa

Haider, der nach seiner markigen Bemerkung, die Nazis hätten eine „*ordentliche Beschäftigungspolitik*“ betrieben, am 21.06.1991 nach einem Mißtrauensantrag der SPÖ als Landeshauptmann von Kärnten mit den 25 Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die 11 Stimmen der FPÖ abgewählt worden war (jedoch als stellvertretender Landeshauptmann wiedergewählt wurde), nimmt trotz - oder auch wegen - der öffentlichen Debatte über Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter **nach der Kärntner Landtagswahl vom 07.03.1999, in der die**

von Jörg Haider und FPÖ? Es handelt sich um ein Netz von rechtsradikalen Organisationen, das sich über ganz Österreich erstreckt.

- Zu erwähnen wäre einmal der bereits genannte ÖTB mit 75.000 Mitgliedern, davon 30.000 Jugendlichen-

Eine andere Massenorganisation ist der **Österreichische Kameradschaftsbund** der alten Kriegskameraden (von den über 300.000 Mitgliedern sind rund 50.000 noch keine 30 Jahre alt).

- Auch direkte Kontakte mit dem braunen Sumpf scheut

allesamt niedergeschossen oder in ihren Häusern bei lebendigem Leib verbrannt wurden, deswegen vom Militärgerichtshof in Bologna 1951 zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt und zur Abbüßung der Strafe in die Festung Gaeta (bei Neapel) eingeliefert, nach zahlreichen Gnadengesuchen etlicher österreichischer Regierungen von den italienischen Behörden endlich in seine Heimat entlassen, fand in Jörg Haider einen, der ihn willkommen hieß: „Das Schicksal Walter Reders hätte jeden unserer Väter ereilen können (...). Vorbildlich.“ (SPIEGEL, 22.09.1986) Reder habe als Soldat seine Pflicht getan. Haider kanzelte den damaligen Vizekanzler und Verteidigungsminister einer SPÖ/FPÖ-Koalition, **Dr. Friedrich Frischenschlager** (FPÖ), der den nach Österreich entlassenen Reder persönlich mit einem Bundesheer-Hubschrauber vom Grazer Flughafen abholt und ihm einen Staatsempfang bereitet hatte, sich bei aufkommender Kritik aber beim israelischen Volk entschuldigt hatte, mit den Worten ab: „Das war überflüssig.“ (Welt am Sonntag, 21.09.1986)

Insgesamt betrachtet kann man Jörg Haider wohl am ehesten - auch wenn dies CSU-Führer wie **Edmund Stoiber** (dessen Strahlkraft trotz all seiner Ambitionen um das Kanzleramt nicht sonderlich über den Freistaat hinausgeht) öffentlich nicht gern zur Kenntnis nehmen werden - als einen „Vollblutpolitiker“ vom Schlage eines **Franz Josef Strauß** einordnen, nur nicht so korrupt wie dieser, dafür aber um so gefährlicher, zumal Haider im Unterschied zu seinen Konkurrenten, insbesondere zu dem farblosen jetzigen Bundeskanzler Schüssel, nicht **nur** eine Charaktermaske des Kapitalismus ist, sondern, da mit einer Vision - der Vision eines neuen Großdeutschland - ausgestattet, auch über Eigenschaften ei-

nes charismatischen Führers verfügt.

Was für eine Partei ist die FPÖ?

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) wurde 1949 unter der Bezeichnung **Verband der Unabhängigen (VdU)** gegründet und führt ihren heutigen Namen seit 1955, nachdem Österreich den **Staatsvertrag** mit den 4 Siegermächten USA, England, Frankreich und UdSSR abgeschlossen hatte und ein neutraler und souveräner Staat außerhalb der beiden Blöcke NATO und Warschauer Pakt geworden war. Die FPÖ war das Produkt eines Putsches von Hardcore-Nazis um den ehemaligen SS-Brigadeführer **Anton Reinthaller** gegen liberalere Rechtsnationale (**Kraus, Reimann**), die von Reinthaller als „*liberale Waschlappen*“ abgetan wurden und die FPÖ schon kurze Zeit nach ihrer „Neugründung“ verließen (Erwin Riess, a.a.O.).

Die Gründungsmitglieder des VdU waren fast alle Gefangene des Entnazifizierungslagers **Glaserbach** (bei Salzburg) gewesen. **Simon Wiesenthal** (Recht, nicht Rache - Erinnerungen, Frankfurt am Main 1992) bemerkt zur Gründungsgeschichte: „*Der VdU war eine nahezu lupenreine Nazi-Partei - von Ex-Nazis zu sprechen, bedeutet Geschichtsfälschung.*“ Bei der ersten Wahl 1949 hatte er rund 14 % der Stimmen bekommen (fast eine halbe Million Menschen, darunter viele Arbeiter der verstaatlichten Betriebe, hatten ihn gewählt).

Das Programm, mit dem die FPÖ ab 1955 antrat, nimmt auf diese Klientel demagogisch Rücksicht und hat sich bis heute im wesentlichen nicht geändert. Man propagiert Kampf gegen Kartelle, spricht von einer „Diktatur“ der (in Österreich besonders starken, die freie Entfaltung des Kapitalismus hemmenden) Kammern und Berufs-

verbände, die es zu beseitigen gelte, will den „Parteienproporz“ (vor allem von SPÖ und ÖVP) „ausschalten“. Nicht die Eigenstaatlichkeit Österreichs sollte verteidigt werden (erst 1970 bekannte sich die FPÖ zur Neutralität), betont wird vielmehr ein „*Bekanntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft*“. 1970 wurde eine große Koalition zwischen SPÖ und ÖVP beendet, die SPÖ unter Kreisky, die zwar die Nationalratswahlen gewonnen hatte, nicht aber die absolute Mehrheit hatte erzielen können, bildete ein Minderheitskabinett und wurde dabei (insbesondere bei der Verabschiedung des Staatshaushalts) von der FPÖ unterstützt. Diese Partei war damit zum Zünglein an der Waage avanciert. Ihr Vorsitzender (seit 1958) war der schon erwähnte **Friedrich Peter**, der seine politische Position so umriß: Er sei stolz auf seine Herkunft aus der Waffen-SS. „*Ich bin nicht jenen zuzurechnen, die angeblich gezwungen wurden, sondern ich bekenne mich dazu, daß ich damals freiwillig zur SS gegangen bin, denn das Vaterland war für uns Junge des Donauraums nur Deutschland.*“ (SPIEGEL, 13.10.75)

Bundeskanzler Bruno Kreisky, dessen Familie wegen ihrer jüdischen Abstammung von den Nazis großenteils umgebracht worden war, nahm während seiner Regierungszeit (1970-1975) diesen Friedrich Peter auf zahlreichen seiner Auslandsreisen mit - sei es nach Bonn, nach Moskau oder Sofija, ja sogar nach Warschau, wo er mit dem ehemaligen SS-Obersturmführer zusammen sogar das ehemalige Todeslager Auschwitz besuchte (vgl. *BERLINER EXTRA-DIENST*, 10.05.1974). Kreisky stellte sich sogar dann noch vor Peter, als dessen Tätigkeit bei der 1. SS-Infanteriebrigade ruchbar geworden war. Für Kreisky, der seine Regierung wackeln sah,

war das nicht ein „Fall Peter“, sondern ein „Fall Wiesenthal“, und er warf Wiesenthal „mafiose Tätigkeit als Nazi-Jäger“ vor.

Kreisky, der sich offen dafür ausgesprochen hatte, erforderlichenfalls Peter, der (gerichtlich unwiderlegt) behauptete, während besagter Mordaktionen 1942 in Urlaub gewesen zu sein, zum Vizekanzler zu machen, gewann bei den Wahlen die absolute Mehrheit und konnte danach allein regieren. Erst 1983, als diese Mehrheit verloren gegangen war, bildete **Fred Sinowatz** eine SPÖ/FPÖ-Regierung, bei der die FPÖ (die 4,9 % der Stimmen bekommen hatte) den Vizekanzler (den damaligen FPÖ-Vorsitzenden **Norbert Steger**, der eher dem liberalen Flügel zuzurechnen war) und drei Minister (für Justiz, Verteidigung und Handel) stellte.

(In der FPÖ hatte inzwischen eine jüngere Generation das Heft in die Hand genommen, in der die Vorstellungen der seinerzeit durch den Putsch Reinthallers hinausgeekelten Kräfte wieder stärker geworden waren.)

Nach Übernahme der Führung in der FPÖ durch Haider brach der Nachfolger von Sinowatz, **Franz Vranitzky**, mit der FPÖ und setzte Neuwahlen an; aus diesen vorgezogenen Nationalratswahlen vom 23.11.1986 ging die SPÖ zwar geschwächt hervor, behielt aber ihre relative Mehrheit (43,13 % und 80 Sitze im Vergleich zu 47,65 % und 90 Sitzen 1983). Am 14.01.1987 einigten sich SPÖ und ÖVP auf eine große Koalition, die bis 1999 anhielt.

Haiders Verbindungen zur deutschen Finanzwelt und Naziszene

Haider bewegt sich auf mehreren Ebenen.

Er kann mit den feinen Herren in Nadelstreifen ebenso umgehen wie mit den Glatzköpfigen

in Springerstiefeln. Die Düsseldorfer Herrenrunde aus Industriellen, Bankiers und Politikern, deren Vorgängern vom Industrieclub dereinst **Adolf Hitler** seine Aufwartung machte und die von der TAZ (30.05.1989) als „nationalgesinnte CDU- und FDP-Anhänger, die ihr Herz auf dem rechten Fleck haben“, beschrieben wird, hat auch Jörg Haider schon zu Gast gehabt: Dieser Kreis hatte 1989 „den Vorsitzenden der ultrarechten österreichischen Freiheitlichen Partei, Jörg Haider, zu einem sogenannten 'Herrenabend' in die NRW-Landeshauptstadt eingeladen. Inwieweit es hier auch eine finanzielle Unterstützung für die Haider-Partei gibt, wurde nicht bekannt.“

Der *'primus inter pares'* der Düsseldorfer 'Herrenrunde' ist der ehemalige FDP-Mann Professor **Carl Zimmerer**, der in seinem Hauptberuf Chef der Düsseldorfer *'Interfinanz'* ist, die zu einer der bundesweit größten und in der Branche angesehensten Finanzberaterfirmen in Europa zählt.“ (TAZ, 30.05.1989).

Auch im Berliner **Hilton-Hotel** war Haider schon früher zu Gast, bei einem der „**Dienstagsgespräche**“: „Organisator war in Gestalt von **Hans-Ulrich Pieper** ein ehemaliger NPD-Funktionär, der später auf der Liste der REPs für den Münchener Stadtrat und für den Bundestag kandidierte.“

Das unabhängige Organ aus der rechtsradikalen Ecke, die *Junge Freiheit*, wurde kostenlos verteilt; Referenten wie der Vorsitzende der FPÖ, Jörg Haider, bekamen Applaus für Sätze wie: *'Deutschland braucht eine Partei wie die Republikaner.'*“ (TAZ, 24.12.1994) Mit von der Partie bei diesen „Dienstagsgesprächen“ sind einflussreiche Wirtschaftsfunktionäre und Großbankiers wie **Friedrich Wilhelm Christians**, Aufsichtsratsvorsitzender der Deut-

schen Bank, und Politiker wie **Heinrich Lummer** (CDU) oder der CDU-Abgeordnete **Ekkehard Wruck**. Medienvertreter wie **A. Graw** aus der Intendanz des SFB, **Rainer Zitelmann** von der WELT, **Hans Krump** und **Frank Hauke** von der MORGENPOST. Weitere Referenten dort waren etwa BKA-Vizepräsident **Gerhard Köhler**, der frühere ZDF-Magazin-Moderator **Gerhard Löwenthal**, **Manfred Brunner** vom Bund Freier Bürger, Professor **Arnulf Baring**, **Paul C. Martin** (Mitglied der Chefredaktion von BILD) oder das Vorstandsmitglied der Mineralölfirma ELF OIL AG, **Dr. R. Coulon**. Jörg Haider war dort ein immer wieder gern gesehener Gast.

Haider gab wiederholt der *Jungen Freiheit* Interviews. Interviewpartner war in der Regel sein langjähriger politischer Weggefährte **Andreas Mölzer**, den Haider 1999 nach seiner gewonnenen Wahl zum Landeshauptmann in Kärnten als kulturpolitischen Berater Kärntens dorthin holte, ein Mann, der wegen presserechtlicher Verantwortung als Chefredakteur der Wiener Wochenzeitung ZUR ZEIT für einen Artikel von **Hans Gamlich**, worin dieser die Existenz von Gaskammern im Nazi-Reich und die Massenvergasungen mit Zyklon B leugnete (TAZ, 26./27.01.2000), von der Staatsanwaltschaft Wien verfolgt wird.

Er hat Haider in der Vergangenheit bereits vor einer „drohenden Umvolkung der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“ durch Zuzügler aus dem Osten gewarnt (1992).

Haider hat seine Anhänger in Deutschland insbesondere in der NPD, die in der FPÖ eine Art Ersatz für die in Österreich verbotene Nazi-Partei sieht und sich von deren Beteiligung an der Regierung dort auch eine Stärkung der illegal arbeitenden Naziorganisation erwartet.

KD

NPD-Demonstration für Anschluß: „Nationale Solidarität mit Wien“

Am Sonntag, dem 12.03.2000, 62 Jahre nach dem „Anschluß Österreichs“ an den Hitlerstaat, fand erneut eine NPD-Demonstration in Berlin statt.- die zweite in diesem Jahr. Während die vom Januar gegen das im Bau befindliche Holocaust-Mahnmal gerichtet war, hatten die Nazis diesmal die Parole „*Wir sind ein Volk - nationale Solidarität mit Wien!*“ auf ihre Fahnen geschrieben und sich ein betont bürgerliches Outfit zu geben versucht.

Im Unterschied zu der Demonstration von Ende Januar, als die NPD unter Polizeischutz erstmals mit rund 500 Leuten trommelschlagend und in Marschformation durchs Brandenburger Tor zog und die Antifa ein Häuflein von gerade mal 100 Leuten dagegen aufbieten konnte, war diesmal die Zahl der Gegendemonstranten weit aus größer als die der etwa 600 NPD/JN-Mitglieder (unter denen junge Leute überwogen und ein relativ hoher Anteil weiblich war). Wieder war ihr Zug nach einer Verbotsverfügung durch den Berliner Innensenator vom Oberverwaltungsgericht Berlin genehmigt worden, diesmal sollte er allerdings nicht durchs Brandenburger Tor gehen dürfen, keine Marschformationen haben, keine Uniformen tragen, keine Trommeln mitführen und auch Wörter wie „Ostmark“ (für Österreich) nicht verwenden. Die Polizei hat den Zug mit rund 1400 Beamten kompromißlos geschützt, Wasserwerfer und Knüppel gegen die Antifa eingesetzt und es damit den Nazis ermöglicht, die genehmigte Route vom S-Bahnhof Jannowitzbrücke aus über Heinrich-Heine-Straße, **Moritzplatz**, **Oranienstraße** (wo sehr viele Menschen aus der Türkei wohnen), Kochstraße, Anhalter Bahnhof in Richtung Brandenburger Tor zu marschieren, wobei sie auf ihr ursprüngliches Vorhaben, auch mitten durch Kreuzberg zu marschieren, verzichten mußten, da Gegendemonstranten dort aus Müllcontainern Barrikaden errichtet hat-

ten. Dort wo die Polizei ein Zusammenstoßen nicht verhindern konnte, flogen den Nazis Steine entgegen. In Absprache mit der Polizei änderten sie die ursprüngliche Route und zogen über Stralauer Straße, Mühlen-dammbrücke, Leipziger Straße und Potsdamer Platz in Richtung Bauplatz für das Holocaust-Mahnmal auf der Westseite des Brandenburger Tores, wo der Kundgebungsplatz von der Polizei mit Hunde- und Pferdestaffeln weiträumig abge-

Kopf gestellten Ordnung: Ein Wasserwerfer, ein Dinosaurier an Größe und martialischem Aussehen, fegt die Kreuzung leer, spült alles weg, was nicht niet- und nagelfest ist, ein Stoßtrupp, anfänglich geordnet, rennender Polizisten macht Jagd auf die verummumten Autonomen am Straßenrand, die ihrerseits in wilden Haken, Radfahrer zu Boden reißend, in allen Ecken Schutz suchen. Panische Touristen, die zufällig in



Antifaschistische Gegendemonstration

sperrt wurde und eine Mahnwache von VVN/Bund der Antifaschisten, Jungdemokraten/Linke Liste und anderen mit der Begründung, sie würde die NPD-Kundgebung stören, verboten wurde (*Junge Welt*, 13.03.).

Die *WELT* (13.03.) beschreibt eine Szene unterwegs: „*Kreuzung Mauerstraße/ Leipziger Straße, das erste Chaos des frühen Nachmittags. Alle Anzeichen einer auf den*

dieses Chaos geraten sind, halten die Hände vors Gesicht; flüchtende Autofahrer. Ein Wagen aus Bremen rast einfach, die Einbahnstraße negierend, auf irgendeinen Hinterhof zu. Das Ganze zur üblichen Symphonie der Unordnung, die den Blutdruck ins Hektische steigert. Blaulicht, Sirenengeheul, Hub-schraubergeräusche und krächzende Lautsprecher. Und dann das Ganze von vorn.“

Die Nazis, denen die Polizei so

den Weg ebnete, skandierten die weil: „Hier marschierst der nationale Widerstand“, beschimpften SPD und PDS als Arbeiterverräter, schrien „Antifa, haha-ha!“, „Deutschland den Deutschen!“, „Asylanten raus!“ und „Freiheit für Österreich!“ Und der NPD-Bundesvorsitzende **Udo Voigt** gab Sprüche ab wie: „Unsere Väter lagen im Schützengraben. Da macht uns das hier keine Angst.“ Die am Rande der Internationalen Börse,



NPD von 1500 Polizisten geschützt

wo Österreich mit einem Stand und der Parole „Wir sind kein Nazi-Land“ für den seit Bildung der ÖVP/FPÖ-Koalition stark zurückgegangenen Tourismus (allein 30.000 Stornierungen von Hotelbuchungen) wirbt, weinende FPÖ-Politikerin **Mares Rossmann**, Staatssekretärin

für Tourismus, ist auf Distanz zu diesen unfeinen Nazis bedacht: „Das wäre in Österreich nicht möglich gewesen. (...) Wir haben ein strengeres Verbotsgesetz für jede Art der Huldigung dieser Symbolik.“ (TAZ, 13.03.) Daß die österreichische Polizei sehr massiv gegen Antifaschisten vorgehen kann, ist durch zahlreiche Videoaufnahmen in jüngster Zeit hinlänglich belegt worden.

An politisch überzeugenden Gegenparolen hatte die militante Antifa jedoch nichts geboten, es blieb bei Rufen wie „Ihr Schweine!“, „Nazis, verißt euch, niemand verißt euch!“ und dergleichen mehr. Am Brandenburger Tor war jedoch der Nazizug diesmal zu Ende, denn auch die im Berliner Senat vertretenen Parteien (von CDU, SPD, Grünen bis PDS) hatten zu einer Gegendemonstration für ein „Europa ohne Rassismus“ aufgerufen, und ihr laut *Berliner Morgenpost* (13.03.2000) etwa 5.000 Personen zählender Zug endete ebenfalls am Brandenburger Tor. Wäre das ehrlich gemeint, so müßten diese Parteien gleich in Deutschland anfangen und für eine sofortige Abschaffung der rassistischen Fremdengesetze sorgen und für gleiche Rechte für alle, die hier leben, eintreten. Ihr Ruf „Nazis raus!“ der auf der anderen Seite des Brandenburger Tors gehört werden sollte, ist pure Heuchelei und kann bestenfalls als ein Ausdruck von hilflosem, da nicht an die Wurzeln gehendem Antifaschismus verstanden werden. Auch ein Demonstrationszug der **Antifaschistischen Aktion** (etwa 1500 Leute), der vom Rosa-Luxemburg-Platz aus gegangen war, langte dort an. Als Abschlußredner hatten sie den Bundestagspräsidenten **Wolfgang Thierse** aufgebeten, der sich als ehemaliger DDR-Bürger durch die Inanspruchnahme der Losung: „Wir sind das Volk!“ (die er als „Freiheitsruf von 1989“ bewertete) durch die Nazis besonders

provoziert fühlte und die altbekannte Aussage von Pfarrer **Martin Niemöller** „Als die Nazis die Kommunisten, holten, habe ich weggesehen, denn ich war kein Kommunist (..)“ in den Mittelpunkt seiner Betrachtung stellte und damit wohl vor allem die ÖVP moralisch kritisieren wollte. (Niemöller hat übrigens in seinem Ausspruch die Juden nicht erwähnt.) Eine weitere Rede hielt **Andreas Nachama**, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Berlin. Er übte scharfe Kritik an der Justiz, die die NPD-Demonstration erlaubt hat: „Nach einem solchen Urteil müssen sich die Richter sagen lassen, daß sie historischen Nachhilfeunterricht brauchen.“ (TAGESSPIEGEL, 13.03.2000)

Die Kosten für den Polizeieinsatz beliefen sich, wie die *BZ-Aktuell* (13.03.) zu berichten weiß, auf eine halbe Million Mark. Ein besonderes „Verdienst“ der Polizei bei der Nazi-Demonstration bestand laut *TAZ Berlin* (13.03.) darin, Transparente mit Parolen wie „Nie wieder Faschismus!“ nicht länger als 5 Sekunden in der Luft zu lassen, damit sich die Nazis nicht provoziert fühlten. Für Bemühungen, die Nazis vor Prügel durch die Linken zu verschonen, haben laut *BZ 2* Polizisten sogar schwere Verletzungen in Kauf genommen. Die Berliner Zeitung zitierte den Landesvorsitzenden der Grünen, **Wolfgang Wieland**: „Die Polizei muß eine Demo schützen, die sie nicht wollte.“

Nicht unwichtig dürfte sein, daß die **NPD-Bundeszentrale** seit etwa Mitte Januar von **Stuttgart nach Berlin (in den Ostteil)** verlegt worden ist, ein Faktum, das - wie unser Berliner Korrespondent meint - von vielen Berliner Antifaschisten noch nicht ganz realisiert worden zu sein scheint.

Eine weitere Demonstration zum Thema beabsichtigt die NPD demnächst in Göttingen.

KD

FREMDARBEITER UND KRIEGSGEFANGENE IN RECKLINGHAUSEN IM ZWEITEN WELTKRIEG

Am 27. Januar 2000, dem nationalen Holocaust-Gedenktag, wurde in der Recklinghäuser Volkshochschule die Ausstellung „Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in Recklinghausen im Zweiten Weltkrieg“ eröffnet.

Jürgern Pohl (VHS), Leiter der Geschichtswerkstatt in der VHS und Herausgeber der zur Ausstellungseröffnung erschienenen Dokumentation, ging in seinem Beitrag auch auf die Schwierigkeiten ein, heute noch Dokumente und Materialien über die damalige Lage der Zwangsarbeiter zu sammeln.

Dennoch ist mit der Ausstellung ein eindrucksvolles Stück Zeitgeschichte entstanden, allein ihre Existenz greift schon in die aktuelle politische Diskussion auf kommunaler Ebene ein.

So wurde in der Recklinghäuser Bevölkerung das skandalöse Verhalten des heutigen Chefs der Bischoffs-Werke diskutiert, der einen finanziellen Beitrag in den Unterstützungsfond ablehnte, obwohl die Bischoffs-Werke zu den Unternehmen gehören, die im Dritten Reich von der Zwangsarbeit profitierten. Seine Begründung für die Ablehnung: Der Firma stehe finanziell nicht so gut da, ginge es ihr besser, würde er vermutlich auch „eine Mark für den Unterstützungsfond spenden“.

Überschattet wurde die Eröffnung der Ausstellung durch die Anwesenheit von etwa 20 Neonazis von der NPD unter Führung ihres Kreisvorsitzenden Kevering, die vor dem VHS-Gebäude Flugblätter verteilten und während der einleitenden Worte des Bürgermeisters so nachhaltig störten, dass sie nach zweimaliger Aufforderung des Saales verwiesen wurden.

In der Ausstellung werden die Arbeitseinsätze von Zwangsarbeitern in der Landwirtschaft und Industrie, vor allem im Recklinghäuser Bergbau dokumentiert. Dargestellt sind die Bedingungen der Unterbringung, das Lagersystem, Angaben über Arbeitsbedingungen und Entlohnung, die Behandlung von Fremdarbeitern durch Vorgesetzte und Bevölkerung, die Behandlung der Kranken und die „Entlausungsanlagen“.

Ausführlich dokumentiert wird auch das „Arbeitserziehungslager Schützenhof“ (AEL), über das es in der Dokumentation heißt:

„Der Schützenhof liegt an der Peripherie der Stadt Recklinghausen, etwa ½ Stunde Fußweg von der Stadtgrenze entfernt, in einem städtischen Forst (niedriger Kiefernbestand). In seiner Umgebung befinden sich keinerlei Gebäude und Wohnstätten. (...) Der Schützenhof selbst ist eine zur Zeit nicht mehr benutzte Gaststätte, die ins-

besondere für den saisonmäßigen Verkehr von Spaziergängern im Sommer eingerichtet war. (Unter Zugrundelegung dieser Erörterungen und Vereinbarungen will der Oberbürgermeister in Recklinghausen noch im Laufe dieser Woche endgültige Vorschläge mit ei-

Einlieferung der erforderlichen Anzahl an Häftlingen gerechnet werden könne.“ (Stefan Kraus, NS-Unrechtstätten in Nordrhein-Westfalen, Essen 1999, S. 60. Als Quelle wird genannt: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RW 37-15, Bl 5f.).



NPD-Nachwuchs „im Einsatz“

Foto: AFB

nem Grudrissplan des zukünftigen Lagers hierher schriftlich einreichen. Er wird dabei von einer Belegung des Lagers mit zunächst 100 Häftlingen ausgehen (je 50 Mann an den beiden Arbeitsstellen). Eine spätere Erhöhung sei möglich. Auf eine Arbeitsdauer von 2-3 Jahren könnte er sich verpflichten. Ich sage meinerseits zu, da für eine derartige Zeit mit der

Besonders beeindruckend ist der Abschnitt über **schwängere Fremdarbeiterinnen und ihre Kinder**. In einem Zeitzeugenbericht heißt es:

„Während des Krieges hatten wir auf der Zeche Zwangsarbeiter aus der Ukraine, meist junge Menschen zwischen 14 und 16 Jahre alt, die als Arbeitskräfte aus den Dörfern und Städten weggeholt

waren, auch Frauen, die bei uns über Tage arbeiten mussten, und russische Kriegesgefangene, die meist im Streb eingesetzt waren. In den Baracken kamen wohl auch Übergriffe von Männern auf die Frauen vor, und wir hatten doch 1944 zusammen mit dem damaligen Vertrauensarzt und einem anderen Vorgesetzten - beide Parteimitglieder, mit denen man reden konnte - durchgesetzt, dass Frauen und Männer getrennt untergebracht wurden.“ (Helmut Homann, Für'n fettes Schwein und eine halbe Tonne Kohle. In: Alltag zwischen Befreiung und Neubeginn, S. 119).

Von den **Becorit-Werken** an der Werkstättenstraße wird berichtet: „Als Ersatz für die zum Kriegsdienst einberufenen Männer kamen sogenannte Ostarbeiter, Ostarbeiterinnen und Kriegsgefangene in die Betriebe. An der Hubertusstraße befand sich ein russisches Kriegsgefangenenlager. Aus diesem Lager wurden jeden Tag vier Russen zu Becorit gebracht. Deutsche Soldaten brachten sie in den Betrieb und holten sie auch wieder ab. Es waren Handwerker, die gut und willig ihre Arbeit machten. Sie driften sich nicht frei in der Stadt bewegen, sondern konnten nur unter Bewachung zwischen dem Lager und dem Arbeitsplatz wechseln. Die Ostarbeiter, wie unsere Russinnen dagegen, konnten nach der Arbeit frei herumlaufen. Sie waren teilweise freiwillig, teilweise unter Zwang nach Deutschland gekommen. Bei der Becorit waren 12 Ostarbeiterinnen, zum Teil waren es Studentinnen, durchweg alle hübsche Mädchen. An ihrer Bekleidung trugen sie ein ca. 10 cm großes Stoffabzeichen aus blauer Farbe, darauf stand das Wort „Ost“. Diese 12 Russinnen wohnten in der der Becorit Gesellschaft gegenüberliegenden Wanderarbeitsstätte, ein Haus, das von der Caritas unterhalten wurde. Hier wohnten sie alle in einem gemeinsamen Schlafsaal. Das Mittagessen nahmen sie im Betrieb ein. Das Essen wurde von der Firma Schweisfurt

geliefert und war gut. (...)“

(Bericht von Hubert Sandkühler) Im **Sterbepbuch des Waldfriedhofs** sind unter der Bezeichnung Ostarbeiter für das Jahr 1943 insgesamt 28 Begräbnisse verzeichnet, 22 Männer und sechs Kinder. Als Adresse der Kinder ist in jedem Fall „**Waltrop, Holthausen 29a**“ angegeben. Was verbirgt sich dahinter und warum wurden diese Kinder in Recklinghausen begraben?

In Waltrop-Holthausen 29a befand sich das **zentrale westfälische Entbindungs- und Abtreibungslager** für Ostarbeiterinnen. Insgesamt verzeichnen die Lagerbücher 1991 Frauen (Zwei Drittel stammten aus der Ukraine und ein Drittel aus Polen). Die Bücher geben an, aus welchen westfälischen Städten die Schwangeren zugewiesen wurden. Aus den Städten des Kreises Recklinghausen sind insgesamt 353 Eintragungen vorhanden.

Im Lagerbuch sind neben insgesamt 19 verstorbenen Kindern aus Recklinghausen auch die sechs auf dem Waldfriedhof verzeichnet. Sie waren wahrscheinlich von auf den Zechen oder in Betrieben arbeitenden polnischen und ukrainischen Frauen geboren worden und aufgrund von Krankheiten und anderen Ursachen („rassekundliche“ Untersuchungen) dort gestorben, während die Mütter wieder zum Arbeitseinsatz kamen.

Das Lager in Holthausen wurde wahrscheinlich auf Veranlassung des Landesamtes Westfalen im Frühjahr 1943 unter Aufsicht des Arbeitsamtes Recklinghausen errichtet.

Am 20.4.1943 teilt das Arbeitsamt Recklinghausen in einem Rundschreiben an „alle Betriebe, die Ostarbeiter beschäftigen“, mit: „Betrifft: Unterbringung von schwangeren Ostarbeiterinnen und Polinnen in einem Barackenlager in Waltrop

In Waltrop - unmittelbar in der Nähe des Bahnhofs - ist gemeinsam seitens des Arbeitsamtes mit der Arbeitsgemeinschaft für Gemüseerzeuger von Waltrop und Um-

gend ein Barackenlager errichtet worden, das bis zu 500 Personen aufnehmen kann. In diesem Lager sollen schwangere Ostarbeiterinnen und Polinnen aufgenommen und enbunden werden: Sie sollen bis zur Niederkunft im Gemüsebau arbeiten und dort auch nach ihrer Entbindung bis zu einer gewissen Zeit weiterbeschäftigt werden. In dem Lager werden grundsätzlich nur gesunde schangere Frauen aufgenommen. Das Lager ist keinesfalls als Krankenauffanglager anzusehen. Kranke überwiesene Frauen werden unverzüglich unter Berechnung der Unkosten den Betrieben wieder zugeführt, da diese Frauen lediglich in den bereits errichteten Krankenhausbarracken untergebracht werden, sofern eine längere stationäre Behandlung erforderlich ist. In Zweifelsfällen ist eine Untersuchung durch den Amtsarzt des Arbeitsamtes Recklinghausen vorgesehen.“

(zit. nach Gisela Schwarze, Kinder, die nicht zählten, Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg, Essem 1977, S 161).

Es ist davon auszugehen, dass die Gestapo-Leitstelle Münster (Fremdarbeiterdezenrat) und das SS-Amt für Rasse- und Siedlungswesen (RuS) in Düsseldorf die im nationalsozialistischen Sinn „rassepolitische“ Verantwortung für das Lager in Holthausen übernahmen und damit auch verantwortlich waren für Hinrichtungen, Folterungen und vor allem die Bestimmung von „gut“- und „schlechtrassischen“ Kindern und das „Aussortieren“ der „schlechtrassischen“. Alle diese Maßnahmen unterlagen höchster Geheimhaltung.

„Wie aus der Altersstruktur der Lagerinsassen hervorgeht, überwog die Altersgruppe der 18 bis 23jährigen. Diese Jahrgänge waren bereits 1942 erfasst und zum größten Teil deportiert worden, somit stellte diese Altersgruppe nicht nur die Mehrheit der Frauen und Kinder im Waltroper Lager, sondern die Mehrheit unter den ver-

schleppten Frauen überhaupt. Es waren junge Mädchen, die gewaltsam ihrer Heimat und ihren Familien entrissen wurden. Sie litten unter Heimweh, entbehrten Zärtlichkeit. Das war wohl die Hauptursache ihrer Schwangerschaft. Die Erzeuger scheinen in der Mehrzahl Ausländer gewesen zu sein, aber auch Deutsche, Bauern, Kollegen, Lagerpersonal. Dann jedoch verschwiegen man es meist, denn es gab einen Befehl Himmlers, derartige Frauen zu überprüfen, ob die Kinder „rassisch verwertbar“ seien. Nach dem Abstillen sollten die Frauen dann ins Konzentrationslager kommen, die Kinder in ein Heim.“

(Gisela Schwarze, a.a.O., S.174). Was sollte nach Meinung der nationalsozialistischen Rassenlehre mit den schwangeren Ausländerinnen und ihren Kindern geschehen? In einem Schreiben des Amtes für Volkswohlfahrt des Gaues Westfalen an alle Kreise vom 1.11.1943 „Zur Behandlung schwangerer ausländischer Arbeiterinnen und der im Reich von ausländischen Arbeiterinnen geborenen Kinder“ hieß es unter Bezug auf einen Erlass Himmlers vom 27.2.1943, dass die NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt) nur „gut-rassische“ Kinder betreue. Das hänge ab vom „Nachweis des deutschen Erzeugers“ und dem „positiven Ergebnis der rassischen Untersuchung“. Die „förderungswürdigen“ Kinder, so das Schreiben, kämen in Heime der

NSV oder in Familienpflegestellen. (Staatsarchiv Münster. Gauleitung Westfalen-Nord. Gauamt für Volkswohlfahrt, Nr. 38)

In einem Rundschreiben des Reichsamtes für Volkswohlfahrt vom 20. Januar 1944 wurde ausgeführt:

„In allen Fällen, in denen eine negative Beurteilung durch den RuS-Führer erfolgt, wird gebeten, die Entlassung aus der Betreuung der NSV zu veranlassen und die Überweisung des Kindes in eine Kinderpflegestelle für ausländische Kinder durchzuführen. Alle bereits in die Betreuung der NSV gekommenen Kinder von ausländischen Arbeiterinnen müssen nachträglich entsprechend den neuen Richtlinien behandelt werden“.

(Staatsarchiv Münster, a.a.O.)

Das dürfte für viele Kinder mit Sicherheit wie ein Todesurteil gewesen sein.

Von den 91 von Recklinghausen nach Waltrop überwiesenen schwangeren Frauen wurden 23 gesondert von der Staatspolizei Recklinghausen geschickt. Was könnte der Grund sein?

Entsprechend der nationalsozialistischen Rassenlehre war es ein wesentliches Aufgabenfeld der SS und der Sicherheitspolizei, das „deutsche Blut von fremdvölkischen Einflüssen“ reinzuhalten. In diesem Zusammenhang sind die sogenannten „GV-Verbrechen“ zu sehen. Während der sexuelle Kontakt Deutscher mit Holländern, Italienern, Franzosen verwerflich, aber

möglich war, so bedeutete Geschlechtsverkehr mit Polinnen, Polen, Russinnen, Russen für die Polen und Russen die Todesstrafe und für die Deutschen KZ-Haft. Der sexuellen „Bedrohung“ der Deutschen durch das millionenfache Heer ausländischer Arbeitskräfte wollten die NS-Führer Einhalt gebieten.

Wir wissen, dass die Nationalsozialisten die Errichtung von Bordellen für Fremdarbeiter in der Nähe großer Lager förderten. In einer Besprechung im Oberpräsidium Münster über Fragen des Ruhrbergbaus kamen auch Fremdarbeiterbordelle zur Sprache. Oberpräsident und Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis VI, Gauleiter Dr. Alfred Meyer, sagte Ende März 1941: „(...) aufgrund der Anordnungen des Reichsführers SS (sei) festgelegt worden, dass Bordelle nur für Romanen und Slawen, dagegen nicht für Ausländer germanischen Volkstums errichtet werden sollen. Die Bordelle sollen in Form von Baracken in der Nähe der Lager errichtet werden. Wo eine kleinere Anzahl als etwa 200 Ausländer in Frage kommt, sollen in Städten in abseits gelegenen Straßen, Zimmer zur Unterbringung der Prostituierten, die laufend unter polizeilicher und amtlicher Kontrolle stehen, eingerichtet werden. Die Einsetzung der Bordellwirte und das Heranbringen der Frauen erfolgt durch die Polizei.“ (Gisela Schwarze, a.a.O., S. 112).

Anzeigen

Attatrol

Buchladen GmbH

Herner Str. 16
45657 Recklinghausen

Tel. 02361/17002
Fax 02361/27040

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa 10.00-15.00



Partner der
Büchergilde

BUCHLADEN

TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
• SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
• SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
• ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
• MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA
Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstag Ruhetag)
44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 15 83

Wir bestellen jedes lieferbare Buch



verdeutlicht ein Rundschreiben Bormanns an alle Gauleiter vom 15.10.1941:
„Ich weise nochmals daraufhin, dass die beeilte Einrichtung von Bordellen zur Abwendung der dem deutschen Volke drohenden Gefahren vom Führer selbst angeordnet wurde und bitte alle Gauleiter, sich dafür einzusetzen, dass die Ausführung der Führerbefehls nunmehr sofort erfolgen muss.“
 (A. Ebbinghaus, H. Kaupen-Haas, K.-H. Roth: Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Hamburg 1984, Dokument Nr. 6, S. 90).
 Aus den Unterlagen des Archivs der Chemischen Werke Hüls wis-

sen wir von einem solchen Bordell in Marl, das als Baracke 1942 eingerichtet wurde.
 Für Gelsenkirchen und Essen gibt es mündliche Berichte.
 Zu den oben erwähnten 23 Frauen, die von der Stapo Recklinghausen zur Abtreibung nach Waltrop gebracht wurden, schreibt Gisela Schwarze:
„Elf entstammten dem Jahrgang 1926. Bei sieben dieser 17jährigen wird derselbe Geburtsort „Kostromka“ genannt. Bei vier Frauen wird nach sechswöchigem Aufenthalt eine Überweisung zu den CWH vermerkt. Zwei Frauen flohen. Es ist zu ver-

muten, dass sich unter diesen 23 Frauen Zwangsprostituierte befanden. Überweisungen vom Arbeitsamt Recklinghausen waren dagegen mit „Recklinghausen“ vermerkt.“

(G. Schwarze, a.a.O., S. 113)
 Da es auch in Recklinghausen große Ausländerlager gab, ist die Organisation von Zwangsprostitution sehr wahrscheinlich.
 So weit aus der von der VHS herausgegebenen Dokumentation.
 Noch ein abschließendes Wort zur kommunalen Presseberichterstattung über die Ausstellungseröffnung.

Während die WAZ nur sehr kurz über das Auftreten der NPD und ausführlich über die Ausstellung selbst berichtete, widmete RZ-Cefredakteur Axel Westenberger den größten Teil seines Berichts den Nazis, erwähnte sogar Forderungen aus deren Flugblatt.
 Was aber in ihn gefahren ist, als er neben dem NPD-Auftritt auch das Auftreten einer „linksextremen Gruppe“ feststellen zu müssen glaubte, bleibt sein Geheimnis.
 Oder hat er sich anschließend mit dem Leiter des 2. Präsidialbüros noch zu lange unterhalten ?

Stefan W. Born
 (Antifaschistischer Bund)

Anzeigen

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
 Hattinger Straße 188 44795 Bochum
 Tel. 0234/ 450590
 FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
 BIOLAND-Gebäude
 Eigene Mühle
 Informationen
 Betrieb in Selbstverwaltung

Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

SONNENBLUME
 Naturkost . Naturwaren

Springstr. 2, 45657 Recklinghausen
 am Hauptbahnhof
 Tel.: 02361 - 13 9 27, Fax: 18 42 24

Öffnungszeiten: Mo - Fr 9.00 - 18.30 Uhr
 Sa 8.30 - 13.30 Uhr

- ◆ Lieferservice ab 50,00 DM Bestellwert frei Haus
- ◆ Party- und Veranstaltungsservice
- ◆ Vollwertbuffets
- ◆ Getränke für Partys und Veranstaltungen auf Kommission "frei Haus"
- ◆ Große Auswahl an ökologischen Weinen
- ◆ Regelmäßige Weinproben
- ◆ Individuelle Beratung zur Vollwerternährung und anderen Ernährungsfragen
- ◆ Frisches regionales Obst und Gemüse aus kontrolliert biologischem Anbau
- ◆ Umfangreiches vegetarisches und glutenfreies Sortiment

NATUR
 KOST&WAREN

8. MÄRZ INTERNATIONALER FRAUENTAG

Der Internationale Frauentag wurde vor 90 Jahren von der II. Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen beschlossen, seitdem ist er jährlich Anlass, für die rechte unterdrückter Frauen auf die Straße zu gehen. Zum diesjährigen 8. März, dem Internationalen Frauentag, gehen weltweit Frauen auf die Straße und beginnen den „Weltmarsch 2000“, mit dem Frauen gegen Armut und Gewalt protestieren.

Auch in Recklinghausen fanden aus diesem Anlass Aktionen statt.

Am 11. März führte ein Aktionsbündnis aus Frauenverband Courage, MLPD, Jugendverband Rebell, Antifaschistischer Bund und Internationaler Freundschaftsverein eine Kundgebung durch.

Für den Internationalen Freundschaftsverein hielt Hülya Takak folgende Rede:

„Warum ein weltweiter Marsch gegen Armut und Gewalt ?

Während deutsche Frauen im Kampf um Gleichberechtigung viel erreicht haben, leben Frauen in den meisten Ländern dieser Erde nach wie vor in völliger Rechtlosigkeit und schreiendem sozialen Elend.

Insbesondere in Asien, Afrika und Lateinamerika kämpfen Frauen nach wie vor oft um das nackte Überleben.

Davon ist in einem reichen Land wie Deutschland oft nur aus Fernsehberichten zu erfahren - das wahre Ausmaß von Armut und Gewalt wird uns vorenthalten.

Doch auch hierzulande ist erfahrbar, wie mit Frauen umgegangen wird, die *nicht* Ehefrauen in einer gutverdi-



endenden Familie sind, die *nicht* selbstverständlich einmal oder mehrmals im Jahr in Urlaub fahren, deren Kinder *nicht* behütet Kindergärten und Schulen besuchen

können.

Auch in unserer Wohlstandsgesellschaft sind zunehmend mehr Menschen von Armut und Gewalt betroffen, und es sind dies zualtererst Frauen, und unter diesen in erster Linie ausländische Frauen.

Es existiert eine soziale Stufenleiter, auf deren unterster Stufe ausländische Frauen stehen, und es ist einer demokratischen Gesellschaft unwürdig, die Augen vor folgenden skandalösen Tatsachen zu verschließen:

Menschenverachtender Handel von Frauen in die Prostitution

Waren es bis 1980 vor allem Frauen aus Lateinamerika und Asien, vor allem aus

Thailand und von den Philippinen, die in die Prostitution gehandelt wurden, so sind es in den letzten Jahren überwiegend und von Jahr zu Jahr zunehmend Frauen aus Osteuropa, die in Deutschland und anderen 'entwickelten' Ländern als Prostituierte gehandelt und

gen Gewalt seitens der Händler wie auch des deutschen Staates unterliegen. Da diese Frauen in der Regel ohne Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland sind, müssen sie bei Entdeckung mit sofortiger Abschiebung rechnen. Nur in Ausnahmefällen werden sie als Zeuginnen in Pro-

salien ermöglicht würde.

Rassismus gegenüber ausländischen Frauen

Alltäglichen Rassismus, Schikanen, Beleidigungen und Gewalt kennen vor allem auch Frauen in Asylbewerberfamilien, vor allem alleinstehende Frauen.

Oft sind diese Frauen in mehrfacher Hinsicht entrechtet. In vielen Familien von Flüchtlingen, vor allem aus der Dritten Welt, aber auch aus Osteuropa, gilt die Frau nur als Arbeitsklavin, die für den Erhalt der Familie zu schuften hat, während die Männer sich in Spielsalons oder Trinkhallen vergnügen. Diesen Frauen wird oft jeder Kontakt zur 'deutschen' Gesellschaft untersagt - somit sind sie auch selten in der Lage, sich in deutscher Sprache zu verständigen und damit oft jeglicher Willkür hilflos ausgesetzt.

Wir wissen aus zahlreichen Berichten, dass auf Ämtern und Behörden immer wieder gerade diesen Frauen gegenüber rassistische und beleidigende Äußerungen fallen, da sie sich am allerwenigsten zur Wehr setzen können.

Wir sollten alles dafür tun, dass zumindest ein respektvoller und menschenwürdiger Umgang mit ihnen der Normalfall in deutschen Behörden wird.

SCHLUSS MIT SOZIALENTRECHTUNG UND GEWALT GEGENÜBER FRAUEN!

Hülya Takak (IFV)



Hülya Takak vom IFV

gekauft werden.

Nach Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration in Brüssel werden in Europa jährlich eine halbe Million Frauen zwischen 18 und 25 Jahren in die Prostitution gezwungen, der Übergang zur Kinderprostitution ist fließend.

Über das Elend und die völlig rechtlose Situation dieser Frauen wird wenig geredet - ein Grund hierfür ist zweifellos, dass es ja unter den Männern in Deutschland etwa 12 Millionen von Käufern für diese „Ware“ gibt.

Die gehandelten Frauen selber sind in der Regel kaum in der Lage, für ihre Rechte zu kämpfen, da sie einer ständi-

zessen gegen Händler und Zuhälter aussagen können - viele von ihnen werden aus Angst die Aussage verweigern.

Hier in Recklinghausen wird fast jede Woche in der Presse davon berichtet, dass bei irgendeiner Razzia in einem der zahlreichen Bordelle Frauen aus Russland, Polen, der Ukraine oder Tschechien 'vorgefunden' wurden, die dort ohne Aufenthaltsgenehmigung 'arbeiteten'.

Diesen Frauen muss endlich Unterstützung und Solidarität entgegengebracht werden - ein erster Schritt wäre, wenn ihnen allen eine befristete Aufenthaltsgenehmigung und Schutz vor Repres-

Faschistische Strukturen in Österreich

I. DIE „FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS“ (F P Ö)

Die FPÖ entstand 1956 aus dem 1949 vorwiegend als Sammelbecken ehemaliger Nationalsozialisten gebildeten „Verband der Unabhängigen“. In den 70er Jahren versuchte die FPÖ - immerhin Mitglied der „Liberalen Internationale“ - verstärkt liberales Profil zu gewinnen; 1983 - 1986 befand sie sich in der Regierungskoalition mit der SPÖ unter Führung des Liberalen Norbert Steger, der als Vizekanzler fungierte. Mit der Übernahme der Parteiführung durch den Jungpolitiker Jörg Haider im Herbst 1986 - der seinen Vorgänger dabei erfolgreich ins Abseits katapultierte - vollzog die Partei dann einen starken Rechtsruck. Heute dominieren in der FPÖ eindeutig die deutschnationalen Kräfte, ebenso gilt die Partei als rechts-extrem unterwandert.

Offizielles Organ der FPÖ ist die wöchentlich erscheinende **NEUE FREIE ZEITUNG** (NFZ). Wie andere Rechtsaußen-Publikationen fällt das Organ durch eine aggressive Diffamierung politischer Gegner und Inhalte auf: „*Typisch für die Hetz- und Kampfansprache der Nazis waren Vergleiche aus dem Tierreich. Auch Haider verwendet sie.*“ (Scharsach 1992, S. 214f.)

Jörg Haiders politischer Werdegang:

Bereits als Kind trat Haider dem Österreichischen Turnerbund (ÖTB) bei und als Gymnasiast schloss er sich der deutsch-nationalen Burschenschaft „Albia“ an. 1968 ist Haider bereits Bundesjugendführer der Freiheitlichen Jugend Österreichs. 1976 wurde Haider Landessekretär der FPÖ in Kärnten. 1979 bis 1983 vertrat Haider die FPÖ in Wien als Nationalrat. Auf dem Parteitag 1986 wird er Bundesobmann der FPÖ.

In der **NEUEN FREIEN ZEITUNG** vom 30.8.1990 schreibt er:

„Nicht die Freiheitlichen sind die Schädlinge der Demokratie. Wir sind das Schädlingsbekämpfungsmittel. Bei uns regieren die Rothäute und die Schwarzen - und nicht wie üblich, dass sie in den Reservaten leben.“

Distanziert sich das Parteiblatt zwar von Gewalt gegen Fremde, so muss es sich doch den Vorwurf des Rassismus gefallen lassen. Am 24.10.1991 war aus der Feder eines Redakteurs zu lesen: *„Die multikulturelle Träumerei ist relativ leicht demaskiert. Einen Indianer, einen Tiroler, einen Ovambo und einen Malayen, die friedlich miteinander im Wirtshaus die Pfeife rumgehen lassen und einander ihre Lieder beibringen, wird es nicht geben. Leben sie nebeneinander, so ergibt sich das Territorialproblem. Einer wird verdrängt, das führt zum Konflikt. Leben sie friedlich miteinander, so werden sie vermischt. Am Ende haben alle leicht geschlitzte Augen und eine milchkaffeebraune Haut. Aus idealisierter Multikultur wird gemischte Monokultur.“*

In einer anderen Ausgabe schreibt ein Kommentator: *„Eine Regierung ist nicht nur dazu da, der Nation inner momentane wirtschaftliche Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, sondern es ist auch ihre Aufgabe, für die Zukunft zu sorgen, den Bestand des Staates, des Volkes und seiner Kultur zu sichern.“* (NFZ, 18.11.1992).

Seit 1973 erscheint als FPÖ-Ideologieorgan das Magazin **FREIE ARGUMENTE: Freiheitliche Zeitschrift für Politik**. Zu den Autoren gehören *Andreas Mölzer* (Grundsatzreferent der FPÖ), *Edith Haller* (FPÖ-Bundesfrauenvorsitzende), *Helene Patrick-Pable* (FPÖ-Sprecherin für Kultur und Wirtschaft), *Kurt Piringer* (ehemaliger Chef-Redakteur der 'Neuen Freien Zeitung') und *Gerulf Stix* (FPÖ-Funktionär).

Auch die zweiwöchentlich erscheinenden **Kärtner Nachrichten (KN)** sind eine FPÖ-

Zeitung. Hauptthema des seit 1954 erscheinenden Organs ist das ständige Schüren von Resentiments gegen Slowenien.

Überschriften waren: „*Slowenien in die Schranken weisen*“ (KN, 10.6.1993), „*Slowenen provozieren Kärnten. trotzdem Millionensubventionen*“ (KN, 8.4.1993) oder „*FPÖ gegen weitere Slowenisierung des Grenzlandes*“ (KN, 18.3.1993).

Die Waffen-SS erhält von den Kärntner Nachrichten ihre historische Legitimation: „*In der Waffen-SS war das vereinte Europa schon verwirklicht. Sie sind daher nicht die Letzten von gestern, sondern die Ersten von morgen. Alle Freiwilligen der Waffen-SS sind für ein vereintes Europa gleichberechtigter Völker eingetreten.*“ (KN, 24.1.1976)

Die **Aula** ist kein offizielles Parteiblatt der FPÖ, steht aber dem Haider-Flügel der Partei sehr nahe. Das professionell gestaltete Magazin erscheint seit 1951 und hat sich zur wichtigsten ultrarechten Theoriezeitschrift der Alpenrepublik entwickelt. Der Beurteilung des Wiener Dokumentationsarchivs ist zuzustimmen, das 'Aula' als „*Brücke von der FPÖ zu allen außerparlamentarischen Strömungen des Rechtsextremismus und Deutschnationalismus bzw. einzelnen Vertretern des Rechtskonservatismus*“ (Doku, Wien 1993, S. 122) einschätzt. Als das Blatt 1991 seinen vierzigsten Geburtstag feierte, gratulierten von der FPÖ-Führung *Jörg Haider, Andreas Mölzer* (Mölzer gehörte bis 1992 offiziell der Redaktion von Aula an), *John Gudenus, Rainer Pawkowicz, Walter Sucher* und *Norbert Gugerbauer*. Außerdem gratulierte *Helmut Korawik*, FPÖ-Landtagsabgeordneter. Aus Deutschland kamen Glückwünsche von *Herbert Fleissner* (Verleger - Buchverlag Ullstein, Langen Müller etc) und *Rolf Schlierer*, damals stellvertretender Bundesvorsitzender der REP.

Die inhaltliche Palette reicht von konventionellen rechtspopulistischen Beiträgen bis hin zu biologisch-rassistischen Artikeln. So schreibt das Blatt:

„*Keine Frage. Nahezu eine Million Ausländer in Österreich werden die kulturelle aber auch die genetische Struktur der Bevölkerung innerhalb von wenigen Generationen grundlegend ändern. (...) Die Million wird also zweifellos vollgemacht. Geht man davon aus, dass eine Million von ihrer sozialen Struktur wie von ihrem Kulturverhalten her bereits heute mehr Kinder hat, und auch in den kommenden Generationen noch mehr Kinder haben wird, und somit einer kinderarmen, autochthonen österreichischen Bevölkerung gegenübersteht, so dürften wir davon ausgehen, dass der deutschsprechende Österreicher mit weitgehend katholischem Religionsbekenntnis und zumeist bajuwarisch-alpenlawischer Herkunft, mit fränkischen und alemannischen sowie keltogermanischen Einsprengseln, in diesem Lande möglicherweise in wenigen Generationen in der Minderheit sein wird.*“ (Aula 10/1993, S. 3)

In dem fremdenfeindlichen Beitrag „*Die Umvolkung hat schon begonnen*“ erfährt die Leserschaft:

„*Das Menetekel der Invasion armer, aber gesunder, vitaler Völker steht über uns*“ oder „*Die Waffe der Farbigen ist die Gebärmutter, nicht das Gewehr*“ (Aula 7/8 1993, S. 18f.)

Nicht nur Ausländer, sondern auch progressive Künstler sind Zielscheibe einer diffamierenden Berichterstattung. „*Dass rasanter Wandel äußerer Lebensbedingungen Unsicherheiten und Krisen der Kultur bewirkt, hat sich auch in vergangenen Zeiten wiederholt gezeigt. Eine gesunde Gemeinschaft würde wie ein gesunder Körper den Keimen der Krankheit widerstehen. Aber so wie sieches und schwächliches Leben Schädlinge und Parasiten anlockt, wird auch eine degenerierende Kultur von Afterkünstlern überfallen, welche die Zersetzung beschleunigen. (...) Der Angriff wäre auch im Bereich der Kultur die beste Verteidigung. Wir müssen uns um Kunst, um echte und rechte Kunst kümmern.*“ (Aula 4/1990, S. 23)

Die Distanzierung der Aula von Neonazis als „*rechtem Narrensaum im Bereich politischer Pathologie und asozialer 'Randale'*“ (2/1993, S. 3) muss angesichts der rechtsextremen Handschrift nicht weniger Beiträge dringend hinterfragt werden.

Das Blatt wirbt für ultrarechts Schrifttum wie **Junge Freiheit**, **Unabhängige Nachrichten** aus Deutschland und **Eckartschriften**, **Alter Jahrweiser** aus Österreich.

Für die junge Leserschaft gibt die „Aula-Jugend“ die Zeitschrift **Identität** heraus. Für die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift zeichnet **Aula-** und **Junge Freiheit**-Redakteur *Jürgen Hatzenbichler* (FPÖ) verantwortlich.

Die Ideologie des Organs ist zwischen rechtsextremen und konservativen Inhalten angesiedelt und hat eine theoretische Scharnierfunktion. Wettet das Blatt auf der einen Seite gegen „*liberalistischen Ideologieterror*“ (2/1993, S. 2), so distanziert sich der Herausgeber von rechtsextremistischen Erscheinungen: „*Letztere sollten unsere Sorge nur im Sinne einer notwendigen Feindbestimmung auch hier erregen.*“ (3/1993, S. 3)

In *Identität* kommt neurechte Prominenz wie *Alain de Benoist* zu Wort, der seine „*Zehn Thesen zur Demokratie*“ vorstellt. Benoist schreibt: „*Die Entwicklung der modernen liberalen Demokratien, die Wahl - Polyarchien sind, offenbart eine gewisse Entartung des demokratischen Ideals.*“ Mit unüberhörbar rassistischem Zungenschlag heißt es in der letzten These: „*Jedes politische System, dessen Durchführung die Auflösung oder die Undifferenzierbarkeit der Völker herbeiführt - oder auch die Zerbröckelung des Volksbewusstseins (das Bewusstsein, dem Volk als dieser organischen Wesenheit anzugehören) -, muss als nicht-demokratisches System betrachtet werden.*“ (2/1993, S. 14f.)

II. Kleinere Organisationen

1. Die „**Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik**“ (AfP)

Die AfP ist eine rechtsextreme Organisation, die ihren Schwerpunkt auf die ideologisch-kulturelle Debatte legt. Darüberhinaus fungiert die Gruppe als Blockadebrecher für neonazistische Positionen ins rechtspopulistische Lager, da für ihre Arbeit Inhalte der historischen Rehabilitierung Hitlers genauso selbstverständlich sind wie die regelmäßige Unterstützung Haiders bei Wahlen.

Die 1963 gegründete **Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik** (AfP) ist „*eine wichtige Scharnierorganisation im gesamteuropäischen rechtsextremen Lager*“ (Purtscheller 1993, S. 89). Die Gruppe organisiert seit vielen Jahren Tagungen, die zur ideologischen internationalen Vernetzung beitragen. Wichtigste Veranstaltungsreihe ist die seit 1966 jährlich stattfindende „*Politische Akademie der AfP*“. Zu den Referenten der AfP-Tagungen zählten, neben Geschichtsfälschern wie *Thies Christophersen*, Verfasser der „*Auschwitzlüge*“, Rechtsextremisten wie *Bruno Haas*, Führer der „**Aktion Neue Rechte**“ (ANR), NDP-Funktionären und unverbesserlichen Ehemaligen wie *Konrad Windisch*, der viele Jahre die Österreich-Redaktion der Zeitschrift '**Mut**' betreute, auch Wissenschaftler von eindeutigem Ruf wie Professor *Heinrich Schade*, Mitglied der Gutachter-Kommission, die das Sterilisierungsprogramm des NS-Regimes vom Juli 1933 guthieß. Auf der 26. Politischen Akademie der AfP vom 11.-13. Oktober 1991 referierte der inzwischen inhaftierte deutsche Neonazi *Thomas Dienel*, Vorsitzender der **Deutsch-Nationalen Partei**, über „*die Veränderungen in Mitteldeutschland aus nationaler Sicht*“. Der zweite Referent war *Pedro Varela*, Kopf der **CEDA** aus Spanien, der sein Idol Adolf Hitler bejubelte: „*Ich glaube, dass Adolf Hitler und der Nationalsozialismus wertvoll waren für die europäische Entwicklung*“.

Ihre Publikation „**AfP-Informationen**“ aus Wien wird von internationalen Rechtsaußen geschrieben und erscheint zu Themenschwerpunkten. Zu den bisherigen Autoren gehören *Hermann Lehmann* („*Ausländerstopp*“), *Wolfgang Strauß* („*Ist ein zweiter 17. Juni möglich ?*“), *Konrad Windisch* („*Revolution der Satten*“), *Thor von Waldstein* („*Der deutsche Geist und das Elend des Kapitalismus*“) bis hin zu *Alain de Benoist* („*Die deutsche Frage aus französischer Sicht*“).

Die AFP gibt außerdem monatlich den Informationsdienst **Kommentare zum Zeitgeschehen** (KzZ) heraus. „Schriftleiter“ ist Konrad Windisch.

2. Die neonazistische Zeitschrift **Sieg** ist das Organ des „**Deutsch-Österreichischen Institut für Zeitgeschichte**“ (DÖIZ). Herausgeber, Vorsitzender und Autor ist *Walter Ochsenberger*. Das Monatsblatt gibt selbst eine Auflage von 30 000 Exemplaren an.

Zu den in Sieg verzeichneten „Lokalredaktionen, Korrespondenten, ständigen Mitarbeitern, Kontaktstellen und Verbänden“ gehörten außer *Robert Dürr* unter anderen *Klaus Bernhard* (der Rechtsextremist gibt die Zeitschrift **Der Hobel** heraus, „*die 1992 eine Bürgerinitiative zum Schutz der österreichischen Demokratie ins Leben rief, deren Hauptzweck die Abschaffung des NS-Verbotsgesetzes ist - der FPÖ-Abgeordnete John Gudenus sagte Unterstützung zu*“ (Purtscheller 1993, S. 275). Der Hobel steht im Kontakt mit den Publikationen **Fakten** und **Die Umwelt**, der Schweizer Neonazi *Peter Saunders* (Chef der Neonazitruppe Kameradschaft Adlerhorst) und die deutschen Rechtsextremisten *Thomas Brehl* (chem. Kühn-Stellvertreter), *Steffen Hupka* (FMJ), *Christian Malcoci* (HNG) und *Jürgen Mosler* (Ex-FAP-Generalsekretär). In **Sieg** sind auch Beiträge der La Rouché - Publikationen **Neue Solidarität** und **Executive Intelligence Review** veröffentlicht (Sieg 4/1991, S. 3 und S. 9f.).

Das Blatt ist primitiv fremdenfeindlich und revisionistisch. Im Beitrag „Die Völkerwanderung“ heißt es:

„Heute steht die Welt vor einer neuen Völkerwanderung unbekanntem Ausmaßes. (...) Jahrtausendlang gewachsene Völker sind zum unwiderruflichen Untergang verurteilt. Wir Deutschen müssen aus der Geschichte lernen, um diesen heutigen Überfremdungs- und Ausrottungstendenzen als deutsches Volk widerstehen zu können. Nichts geschieht zufällig, alles ist Absicht und Plan dunkler verschwörerischer Hintergrundkräfte“ (Sieg 1/2 1991).

Viel Platz bekommt auch das revisionistische Standardthema Nummer eins, das Leugnen von Massenvernichtungen im Dritten Reich. Überschriften lauten: „*‘Vergasungslüge’ endgültig geplatzt*“ (7/8 1991) und „*Die große Auschwitzlüge*“ (1/1992).

Ansonsten berichtet Sieg über die Aktivitäten internationaler Rechtsextremisten, wie dem **IHR** (Institut of Historical Review).

Andere Publikationen des DÖIZ heißen **NAD Nachrichten Austauschdienst**, **FZ Flugblattzeitung**, **Tele-Blitz**, **Sonderblatt** und das sogenannte **Sieg-Telegramm**, das den anderen Ochsenberger-Publikationen beiliegt.

3. Die Zeitschrift **HALT** wurde 1980 durch den Rechtsextremisten Gerd Honsik gegründet. Die Auflage beträgt nach Eigenangabe 10 000 Stück.

Honsik war 1981 der Initiator der **Ausländer-Halt-Bewegung** (AUS). Das Wiener Dokumentationszentrum schreibt zur heutigen Bedeutung der Honsik-Organisation: „*Eine der zentralen Gruppierungen der österreichischen Neonazi-Szene mit großer publizistischer Bedeutung und weitreichenden Verbindungen. Die mehrheitlich von Mitgliedern der 1980 behördlich aufgelösten ‘Kameradschaft Babenberg’ gebildeten Gruppe um Gerd Honsik konzentriert sich vor allem auf rassistische und ausländerfeindliche Propaganda sowie die Leugnung der nationalsozialistischen Verbrechen, insbesondere des Holocaust*“ (Doku, Wien 1993, S. 213). 1990 versuchte Honsik gemeinsam mit *Jakob Rosenkranz* und *Franz Radl* mit der Liste „**Nein zur Ausländerflut**“ bei den Nationalratswahlen zu kandidieren. Die Kandidatur wurde von der Wiener Kreiswahlbehörde abgelehnt.

Tagespolitisch ist das Blatt antisemitisch und antiamerikanisch und warnt vor dem „*israelisch-amerikanischen Imperium*“. Im selben Kontext solidarisiert sich **HALT** auch mit dem somalischen Rebellenführer *Muhammed Aidid*: „*Der Kampf gegen das amerikanische Imperium, seine ‘Demokratie’, seine ‘Multikultur’, ist ein Kampf, der die Menschheit an-*

geht. Dieser Kampf muß daher vom weißen, vom schwarzen, vom gelben und vom roten Mann gemeinsam geführt werden“ (HALT, November/Dezember 1993).

Um die Wichtigkeit der Verleugnung der NS-Zeit für die Zukunft der extremen Rechten weiß Honsik, wenn er auf Geschichtsfälschung als Schlüssel zum politischen Erfolg setzt: „Das Problem der Gegenwart, nämlich die Rettung der nationalen Identität, kann nur gelöst werden, wenn unsere Gefallenen Frieden finden. Frieden finden können unsere Toten aber nur, wenn wir die Kollaboration beseitigen und die Ehre des deutschen Soldaten wiederherstellen. Die Revision ist also ein Kampf um Deutschlands Zukunft“ (HALT, November/Dezember 1989).

4. Die Salzburger **Volkstreue Soziale Ordnung** (VSO) gibt die Zeitung **Die Volkstreue** heraus.

Mitarbeiter der regional operierenden rechtsextremen Kleinorganisation sind *Franz Radl* und *Manfred Zierfuß*. Das Blatt veröffentlichte Artikel von *Otto Ernst Remer* und unterstützte die Kandidatur der neonazistischen Liste „Nein zur Ausländerflut“ (vgl. Doku, Wien 1991, S. 232 ff.).

5. Die **Sturmflagge** ist das Organ der 1985 gegründeten **Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition** (VAPO) unter dem Vorsitz des Neonazis *Gottfried Küssel*. Am 2.12.1993 wurden in Österreich Briefbomben an zehn Personen versandt, von denen vier detonierten. Verletzt wurden zwei Mitarbeiter des Österreichischen Rundfunks, ein katholischer Pfarrer, die Sekretärin eines Rechtsanwaltes und der Bürgermeister der Stadt Wien. Abgefangen werden konnten die Briefbomben, die an den Präsidenten des Österreichischen Caritasverbandes, den Vorsitzenden des slowenischen Kulturvereins, eine Abgeordnete der Grünen im Nationalrat, eine Minderheitensprecherin der Grünen, die Kanzleramtsministerin für Frauenfragen und die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschafts-Arbeitsgemeinschaft für Ausländerbeschäftigungen adressiert waren. Allen Betroffenen war gemeinsam, dass sie sich für Flüchtlinge und ausländische Minderheiten einsetzten. Bei den Ermittlungen stieß die Polizei schnell auf Mitglieder der VAPO.

Küssels militante rechtsxtremistische Organisation ist aufs engste mit der bundesdeutschen Szene verbunden und nimmt an fast allen Aufmärschen teil.

Die Gruppe, die von provokanten NS-Aktionen in der Öffentlichkeit bis hin zu Wehrsportübungen alles, was braun ist, mitorganisiert, war aufs engste mit dem verstorbenen Neonaziführer Michael Kühnen verbunden. Das Ziel der Gruppe ist die „Neugründung der NSDAP“ und die „erneute Machtergreifung“, wie im Schulungsmaterial nachzulesen ist.

Nachdem Organisationschef Küssel in Fernsehinterviews die „Wiederzulassung der NSDAP“ gefordert hatte, wurde er im September 1993 in erster Instanz zu zehn Jahren Haft wegen NS-Wiederbetätigung verurteilt.

Folge war die Inszenierung einer „Nationalen Initiative Freiheit für Gottfried Küssel“ durch den ehemaligen Kühnen-Stellvertreter und Küssel-Freund Thomas Brehl.

Die Organisation verehrt die SS, wie im gruppeneigenen Blatt zu lesen war: „Einmal hob sich der Geist der europäischen Brüderschaft glänzend gegen den grauen Hintergrund des internationalen Kapitalismus und Kommunismus ab. Hunderttausende der besten europäischen Männer kämpften freiwillig für ein neues freies Europa in den Legionen der Waffen-SS“ (Die Sturmflagge 1/1987).

6. Seit Oktober 1990 erscheint die Schrift **Fakten**, herausgegeben von der Partei **Kritische Demokraten**. Obmann der Partei ist *Horst Jakob Rosenkranz*. Das Organ verbreitet ausländerfeindliche Propaganda und verteidigt rechtsextreme Gesetzesbrecher (z.B. Siegherausgeber Ochsenberger, *Fakten* 11/1992, S. 6). In der ersten Nummer heißt es: „Mit der Nichtzulassung der Liste 7 „Nein zur Ausländerflut“ zur Nationalratswahl 1990 hat die

herrschende Politikerclique die vielleicht für sie notwendige, parteitaktische Notbremse gezogen. (...) Die 'Fakten' werden von dem Kampf Politikerwillkür gegen Volksrecht wahrheitsgemäß und umfassend berichten" (Fakten 1/1990, S. 2).

Das Wiener Dokumentationsarchiv schreibt zur Charakterisierung der Kritischen Demokraten: *„Rechtsextreme Kleinpartei mit Bindegliedfunktion zwischen der rechtsextremen und neonazistischen Szene und der FPÖ (...). Rosenkranz war gemeinsam mit den Neonazis Radl und Honsik einer der Spitzenkandidaten der vom Verfassungsgerichtshof als neonazistisch qualifizierten Liste „Nein zur Ausländerflut“ bei den Nationalratswahlen 1990. In jüngster Zeit hat eine starke Annäherung an die FPÖ stattgefunden. Rosenkranz unterstützte auch massiv das FPÖ-Volksbegehren „Österreich zuerst“, und seine Frau Barbara wurde 1993 niederösterreichische Landtagsabgeordnete der FPÖ“* (Doku, Wien 1993, S. 154 f.).

In Fakten ist zu lesen: *„Das Volksbegehren 'Österreich zuerst' ist ein erster Schritt in die richtige Richtung“* (19/1993, S. 2).

In der gleichen Ausgabe veröffentlicht das Heft auch einen Reisebericht eines Demonstranten von der Rudolf-Heß-Demonstration im bayrischen Wunsiedel 1990 (S. 7 ff.).

Darüber hinaus finden sich offen revisionistische Inhalte: *„Mit Zuckerbrot und Peitsche versuchen die alliierten Siegermächte und ihre zahlreichen Kollaborateure in den Nachfolgestaaten des Dritten Reiches die Deutschen zu neurotischen Selbsthassern zu erziehen.“* (Fakten 3/1991, S. 7).

7. Der **Eckartbote** ist die Zeitschrift des 1952 gegründeten **Schutzvereins Österreichische Landsmannschaft (ÖLM)**. Mit dem Namen 'Eckart-Bote' wird dem Hitler-Intimus und Nazi-Literaten *Dietrich Eckart* (1868 - 1924) Reverenz erwiesen. Eckart war es, der 1918 den Schlachtruf *Deutschland erwache!* erfunden hat. Er brachte ab 1918 in München die antisemitische und ultranationalsozialistische Zeitschrift **Auf gut deutsch** heraus und half 1920 mit, den **Völkischen Bobachter** zu gründen, dessen erster Chefredakteur er wurde. Der junge Hitler verehrte den „visionären Dichter und Seher“ Eckart als „Vater und Lehrer“. Folgerichtig widmete er Eckart **Mein Kampf** (vgl. Purtscheller 1993, S. 85).

Wichtigstes Thema der seit dem 1.5.1959 elfmal jährlich erscheinenden Publikation sind die angeblich „unterdrückten“ deutschen Minderheiten auf der ganzen Welt. Organisatorisch verflochten ist die ÖLM auch mit Haiders FPÖ. ÖLM-Obmann *Helmut Kowarik* und das Vorstandsmitglied *Barbara Wiebke-Schöfnagel* sind auch FPÖ-Funktionäre. Das Freiheitliche Bildungswerk und die ÖLM organisierten auch gemeinsame Veranstaltungen (vgl. Doku, Wien 1993, S. 179 f.).

Zur Zielsetzung des Organs schreiben die Herausgeber: *„Unsere Monatszeitschrift richtet sich an all jene, denen der Schutz der eigenen Heimat und unserer mitteleuropäisch geprägten Kultur vor Verflachung, Vereinheitlichung und vor übermäßig starkem Einfluß aus dem Ausland am Herzen liegt. (...)“* (Begleitflugblatt des Eckartboten 1993, S. 1).

Auch der biologistische Beitrag *„Der naturnahe Mensch und die Gemeinschaft“* von Erik Zimmer richtet sich gegen Fremde und macht Ausländerhass zum selbstverständlichen Naturtrieb. In dem Beitrag wird die „menschliche Gesellschaft“ als „Schutzgemeinschaft“ für den „Daseinskampf“ beschrieben. Als Vergleich dient dabei die Frontstellung der stärksten Schimpansen eines Affenrudels gegen angreifende Leoparden: *„Der selbe Gruppeninstinkt ist auch dem Menschen eingeprägt, denn auch hier stellen sich die Kräftigsten und Tapfersten bei Gefahr in vorderster Front dem Feind entgegen, um das Leben aller zu schützen. Und genau das ist Patriotismus! Dieser ist also keine 'böse' Fremdenfeindlichkeit, sondern ein angeborener Schutzinstinkt zur Sicherheit einer menschlichen Gemeinschaft (...) Wie künstlich und unnatürlich multikulturelle Gesellschaften sind, erweist sich nicht zuletzt daran, daß man sie nur durch pausenlose Appelle und obendrein mit Polizeigewalt durchsetzen*

kann. Völker wehren sich genauso wie ein Organismus, dem ein fremdes Organ eingepflanzt wurde, mit 'Abwehrreaktionen' (...)'". (Eckartbote, Mai 1993, S. 4f.).

Sonstige Publikationen der ÖLM heißen **Südpreß**, **Thayawarte** und **Grenzlandblätter**. Zusätzlich verbreitet der Verein die vierteljährlich erscheinenden Eckartschriften, die von 1959 bis 1993 124mal erschienen sind. Die Schwerpunkthefted widmen sich ebenfalls in vielen Ausgaben der Situation von Deutschen im Ausland.

8. Aus Graz kommt das rechtsextreme Organ **Huttenbriefe - für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht**. Das seit 1983 erscheinende Blatt wird vom österreichischen Ableger des **Deutschen Kulturwerks europäischen Geistes** (DKEG) publiziert.

Die Schriftleiterin des Blattes, *Lisbeth Grolitsch*, verehrt unverhohlen Adolf Hitler und schreibt: „*Adolf Hitlers Kampf galt der Wiederherstellung des Lebensrechts des deutschen Volkes und anderen (sic !) Völkern. Diesem Ziel hat er mit vollem Einsatz gedient unter Bereitstellung aller genialen Fähigkeiten seiner Persönlichkeit.*“ (Huttenbriefe, 2/1989). Lisbeth „Betty“ Grolitsch war im dritten Reich einst jüngste „Gau-Unterführerin“ des Bundes Deutscher Mädel. Dem österreichischen Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes (DKEG) und der Deutschen Kulturgemeinschaft (DKG) steht Grolitsch ebenfalls vor. (In Deutschland spaltete sich 1977/78 eine Deutsche Kulturgemeinschaft als radikaler Flügel des DKEG ab). 1979 unterschrieb sie in der 'Deutschen Nationalzeitung' den Aufruf zur Generalamnestie (DNZ, 16/1979). Purtscheller bezeichnet sie als „*Grande Dame des österreichischen Rechtsextremismus*“ (Purtscheller 1993, S. 308).

In einer anderen Ausgabe wird Hitlers Stellvertreter zum Idol der Jugend stilisiert: „*Daß sein totaler Einsatz scheiterte, nimmt ihm nichts an Größe. Im Gegenteil: Das heroische Opfer erhält seine geschichtliche Dimension, indem es weiterwirkt, in die Zukunft. Deutschlands Feinde haben ungewollt den Preis gezahlt, den die Geschichte für jedes Heldentum bereithält, indem es sie unsterblich macht. Sie haben Rudolf Heß zum Märtyrer werden lassen (...). Die deutsche Jugend hat ein leuchtendes Vorbild.*“ (Huttenbriefe, 4/1987).

9. Getarnt ist ultrarechter Geist auch in der Wiener Schrift **DIE UMWELT**. Die 1972 gegründete Publikation wird von *Hemma Tiffner* herausgegeben und berichtet über die aktuelle rechtsextreme Szene. Schwerpunkt des Organs ist aber die Infragestellung oder Leugnung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen und der Versuch einer politischen Rehabilitierung hoher NS-Funktionäre. Über die Aktivitäten und Veranstaltungen der Redaktion schreibt das Wiener Dokumentationsarchiv: „*Mitarbeit bei anderen Organisationen (z.B. 'Verband unabhängiger Österreicher'), Unterstützung von Gruppen wie der Liste 'Nein zur Ausländerflut', Aufrufe zur Teilnahme am Volksbegehren 'Österreicher für Österreich' (...).*“ (Doku, Wien 1993, S. 200).

Zur rechtsextremen Demonstration für den Hitler-Stellvertreter schreibt das Blatt: „*Zum vierten Mal jährte sich der Todestag des letzten, von den Siegermächten zu lebenslanger Haft verurteilten Friedensapostels des Dritten Reiches, Rudolf Heß. (...) Stundenlang bewegte sich die Machtdemonstration des nicht um- und dummprogrammierten Deutschlands durch die Straßen von Bayreuth*“ (DIE UMWELT).

10. **Der 13. - Zeitung der Katholiken für Glaube und Kirche** gehört zu den rechtskatholischen Blättern Österreichs und erscheint seit 1984. Die Linzer Publikation wird monatlich herausgegeben.

Thematisiert werden ultrarechte Verschwörungstheorien wie in dem Beitrag „*Der Freimaurerdom zu Innsbruck*“. Die Autoren wollen im renovierten Dom Symbole der Freimaurerei ausgemacht haben und schreiben: „*Bischof Stecher, der mit dem großen Verdienstkreuz der B'nai B'rith (Söhne des Bundes) ausgezeichnet ist, kann natürlich nicht wissen, daß die neue Unterkirche seiner Diözese ein einziges großes Freimaurersymbol ist (...). So macht es*

auch gar nichts aus, daß ein königsblauer Vorhang den Zugang zu Gruft der Bischöfe verhängt und ein goldblaues Segel an der Wand das Wehen des Geistes symbolisiert. Wie soll denn ein Tiroler Bischof, der nach Kirchenrecht auch gar keine Beziehungen zur Freimaurerei haben darf, auch wissen, daß blau nicht nur die Farbe des Himmels ist, sondern auch die Farbe, in die sich die Freimaurerlogen kleiden (...).“ (Der 13., S. 11f.)

Der Beitrag „Tödliche Immunschwäche“ im selben Heft warnt nicht vor der Verschwörung der Freimaurer, sondern der Homosexuellen gegen Vaterland und Kirche: „Kein Zweifel: Homosexuelle setzen ihre Forderungen immer durch. Sie sind überall vertreten, wo es um Macht und Geld geht: in der Politik, in der Wirtschaft, in der Kultur. Nicht zuletzt im Journalismus. Mit Hilfe des Fernsehens, des Radios und der Zeitungen setzt die mächtig gewordene Gemeinschaft der Perversen zur totalen Übernahme der Macht in Staat und Kirche an“ (Der 13., S. 18 f.)

Der organisierte Rechtsradikalismus im katholischen Gewand sieht sich als Fels in der Brandung: „Außer dem '13.' gibt es kein Medium, das die unheimliche Geschichte der katholischen Homo-Lobby weiter verfolgt“ (Der 13., S. 18).

III. Nazi-Skins

Die 'Jugendsubkultur' hat in der Alpenrepublik Anfang der 80er Jahre Fuß gefasst. Seitdem bemühten sich rechtsextreme Organisationen wie Küssels VAPO und Honsiks „Ausländer Halt Bewegung“ um den kahlköpfigen Nachwuchs.

Das traditionsreichste Zine aus Österreich war **Stahlfront**, herausgegeben von Manfred A. Das Blatt aus Steyr beschäftigte sich mit Fußball- (Hooligan-) Nachrichten, dem österreichischen Skinhead -Treiben, Kritik von Szene-Musik und einschlägigen Interviews.

Die Gruppe „Bomber“ auf die Frage, ob Türken mehr stinken als Jugos: „Wenn ich einmal auf die Entfernung ran bin, daß ich's riechen kann, schlag ich meist schon zu, deshalb kann ich es nicht genau sagen. Außerdem soll niemand sagen, daß wir eine Kanakenrasse der anderen vorziehen, denn sie sind alle gleich schmutzig.“ (Stahlfront Nr. 5).

1992 stellt der Herausgeber Stahlfront ein und bringt das etwas entschärfte **Streetfight** heraus.

Heimatland aus Landegg ist aggressiv rechts. Texte wie „Ausländer raus, Ausländer raus, für jeden toten Türken geb' ich einen aus!“ (Nr. 1/1992) sind typisch. Ansonsten wirbt das Heft ganzseitig für die Jungen Nationaldemokraten in Deutschland.

Ebenfalls rassistisch ist das Zine **Erwache** aus Wien. Thematisiert werden Konzertnachrichten, Bandinterviews (Störkraft, Wehrwolf etc.) und die Skin-Subkultur in Österreich: „Man trank und plauderte und hatte keine bösen Absichten, als plötzlich eine Gruppe von ca. 30 Türken ankam und blöd gaffte. Sofort stürmten wir auf die Krummnasen zu, die daraufhin die Flucht ergriffen, obwohl sie mehr als doppelt so viele waren wie wir. Nach ca. 10 Minuten bemerkten die Kanaken wohl, daß sie eigentlich mehr waren und wollten uns ein zweites Mal attackieren. Diesmal blieb es nicht mehr bloß beim herumschreien (sic !) und so mußten einige Kanaken schwere Prügel beziehen. Mit Ketten, leeren Bierdosen und anderem Gerät konnten die Türken an diesem Tag ein zweites Mal aus der Innenstadt vertrieben werden.“ (Erwache, Nr. 8).

Weitere Wiener Zines sind **White Pride** und **Wut**. Das in Englisch geschriebene 'White Pride' (WP) veröffentlicht internationale Band-Interviews mit Klasse Kriminale (Italien), Kraftschlag (Deutschland) oder Noie Werte (Deutschland) (vgl WP Nr. 1).

(Texte aus: ...und morgen die ganze Welt ? Rechtsextreme Publizistik in Westeuropa, Schüren Verlag, 1994)

RECKLINGHÄUSER FLÜCHTLINGSTAGUNG

Etwa 120 Menschen aus verschiedenen Nationen, zur Zeit 'wohnend' in verschiedenen Städten des Kreises Recklinghausen, nahmen an der ersten Recklinghäuser Flüchtlingsagung teil, die am 29. Januar im Haus des ev. Kirchenkreises stattfand.

Hintergründe der Tagung waren zum einen die drohende Massenabschiebung von Menschen in Gebiete des ehemaligen Jugoslawien, vor allem den Kosovo, zum anderen aber auch der immer stärker werdende alltägliche Rassismus in Ämtern und Behörden und die Versuche, die soziale Lage von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen immer weiter zu verschlechtern.

Organisiert wurde die Tagung von der Recklinghäuser Flüchtlings-Koordination, die sich mit dieser Tagung dem Flüchtlingsnetzwerk „kein mensch ist illegal“ anschloss.

In dieser Koordination arbeiten verschiedene Organisationen wie Flüchtlingsrat, amnesty international, Flüchtlingsreferat der ev. Kirche, Internationaler Freundschaftsverein (IFV) und Antifaschistischer Bund (AFB) zusammen.

In ihrem einleitenden Referat ging Gaby Hinderberger vom Bochumer Netzwerk „kein mensch ist illegal“ auf zahllose Verschlechterungen in der Lage der Flüchtlinge ein, auf Einschränkungen bei der Sozialhilfe, auf Abbau der medizinischen Versorgung und alltägliche Schikanen auf Ämtern und Behörden.

Sie bilanzierte das ernüchternde Ergebnis der Kampagne „kein mensch ist illegal“, das mit dem Kirchenasyl in der Kölner Antoniter-Kirche begonnen hatte und an dem zum Schluss 450 TeilnehmerInnen in 80 Kirchengemeinden beteiligt war.

Ernüchternd war das Ergebnis der Kampagne insofern, als bisher von keinem der von Abschiebung bedrohten 'Untergetauchten' ein Aufenthaltsrecht erkämpft werden konnte.

Was bleibt, ist die Tatsache, dass die illegalisierten Flüchtlinge den Mut aufbrachten 'aufzutauchen' und für ihre Rechte einzutreten.

Was bleibt, ist die Tatsache, dass zahllose Menschen, insbe-

sondere in den Kirchengemeinden und in Flüchtlingsorganisationen, diese Kampagne unterstützten.

Was bleibt, ist aber auch für viele UnterstützerInnen die - viele frustrierende - Erkenntnis, dass dieser Staat mit allerGe-

kenntnis, dass diese Regierung um keinen Deut besser ist als die alte, vielmehr den Kurs der Kohl-Regierung fortsetzt und perfektioniert und dabei erklärtermaßen das Ziel verfolgt, das Grundrecht auf Asyl als Individualrecht vollkommen abzu-



Mitorganisatoren vom IFV

walt an seiner inhumanen, den Tod von Menschen skrupellos in Kauf nehmenden, Abschiebepolitik festhalten will.

Was bleibt, ist auch die Er-

schaffen.

Die Tagung wurde nach einem Grußwort von Anita Wolschendorf, der Flüchtlingsreferentin des ev. Kirchenkreises, der

auch die Räume für die Tagung kostenlos zur Verfügung gestellt hatte, in 3 Arbeitsgruppen fortgesetzt.

Die AG 1 mit dem Thema „*Wie führe ich mein Asylverfahren?*“ wurde geleitet von Rechtsanwalt Stefan Urbach aus Essen und Bülent Ulurak, Vorsitzender des IFV, die AG 2 stand unter dem Motto „*Welche Rechte habe ich auf den Ämtern Sozialamt, Arbeitsamt und Wohnungsamt?*“ und wurde geleitet von Monika Stern vom Ökumenischen Arbeitslosenzentrum (ÖALZ) und von Dorothea Heinze vom Sozialdienst Katholischer Frauen (SKF), die AG 3 beschäftigte sich mit der Frage „*Was kann ich tun gegen drohende Abschiebung und Abschiebehaft?*“ und wurde sachkundig geleitet von Frank Gokkel vom Bürener Verein 'Hilfe für Menschen in Abschiebehaft'.

Im Anschluss an die Arbeitsgruppen traf man sich erneut und verabschiedete folgende Resolution:

„Angesichts der nach wie vor unmenschlichen Abschiebepolitik der deutschen Bundesregierung in Folterstaaten wie die Türkei oder Guinea, in Bürgerkriegsgebiete und Regionen mit großen Gefahren für ethnische und religiöse Minderheiten, mit nationalistischen, rassistischen und gewalttätigen Übergriffen gegenüber Alten, Frauen und Kindern, fordern die Versammelten auf der Recklinghäuser Flüchtlingstagung einen allgemeinen Abschiebe-Stopp in solche Gebiete.

Wenn Innenminister Otto Schily nach vier Monaten blutigem Krieg in Tschetschenien, dessen Opfer in großem Maße die Zivilbevölkerung ist, erst auf

Intervention der MONITOR-Redaktion einen Abschiebe-Stopp dorthin empfiehlt - den aber letztlich erst die Innenminister der Länder anordnen können, was bisher noch nicht geschehen ist -, so zeigt dies, dass die deutsche Bundesregierung ihre skrupellose Haltung gegenüber Menschen in größter Not nicht aufgibt.

Erst massiver öffentlicher Druck kann hier Änderungen bewirken.

Dass Deutschland und seine Regierungen dabei systematisch und ohne Unterbrechung die von ihnen unterschriebene Genfer Flüchtlingskonvention missachten, muss in Zukunft endlich verhindert werden, geeignete politische und juristische Initiativen sollten entwickelt werden, die diesen permanenten Bruch des Völkerrechts beenden.

Innenminister Schily hat zudem angekündigt, dass er dafür eintritt, das individuelle Grundrecht auf Asyl zu beseitigen.

Dem stellen wir uns entgegen und fordern:

Hände weg vom Asylrecht !

Strikte Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention !

Keine Abschiebung in Folterstaaten, Bürgerkriegsgebiete und Staaten mit ethnischer, religiöser und geschlechtsspezifischer Verfolgung !

Auflösung aller Abschiebeknäste !

Inzwischen hat die Recklinghäuser Flüchtlingskonvention in einem Gespräch mit Wolfgang Müller vom Landesflüchtlingsrat NRW weitere Schritte für die kommenden Wochen beschlossen.

In einer Kampagne wird gegen die drohenden Massenabschiebungen in den Kosovo protestiert.

Mehrere Flüchtlinge aus dem Kosovo und anderen Gebieten des ehemaligen Jugoslawien, die zum Teil länger als zehn Jahre in der Bundesrepublik Deutschland leben und hier bleiben wollen, werden an die Öffentlichkeit treten, der Landesflüchtlingsrat wird diese im Kampf um ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht unterstützen.

Gemeinsam mit dem Landesflüchtlingsrat protestiert die Koordination gegen die Ungleichstellung in der „Altfallregelung“, die die Innenminister auf ihrer Konferenz am 19.11.1999 beschlossen haben.

Diese legt fest, dass alle Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien von dieser Regelung ausgeschlossen sind.

Die Koordination interpretiert diese Vereinbarung der Innenminister als Teil des strategischen Ziels der Bundesrepublik Deutschland, mit dem militärischen Eingreifen auf dem Balkan auch die Bedingungen zu schaffen, sämtliche Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien abzuschleppen.

Die Koordination plant eine größere Veranstaltung mit Vertretern von Flüchtlingsorganisationen aus Frankreich und Belgien, um die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zu verstärken.

Diese Veranstaltung soll im Herbst 2000 stattfinden.

Die Koordination verbessert die Zusammenarbeit von Flüchtlingsorganisationen im Kreis Recklinghausen, um auf drohende Abschiebeversuche schnell und koordiniert reagieren zu können.

Recklinghäuser Flüchtlingskoordination

„kein mensch ist illegal“

War alles nur Geschichtsklitterung?

Zum vorläufigen Ende der Wehrmachtsausstellung

Die durch das Hamburger Institut für Sozialforschung zusammengestellte Wanderausstellung „*Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944*“, die seit dem Frühjahr 1995 in zahlreichen deutschen und österreichischen Städten gezeigt worden war und deren Organisatoren sich darauf vorbereiteten, sie auch jenseits des „großen Teiches“, in New York, zu zeigen, ist gestoppt worden. Den vorläufigen Stopp der Ausstellung wollen sich die Neonazis als einen Sieg an ihre Fahnen heften. Die Ausstellung hat, insbesondere seit Februar 1997, als 5000 Neonazis in München den Versuch unternahmen, die Ausstellung zu zerschlagen, wie kaum eine andere Ausstellung die Gemüter „der Deutschen“ erhitzt. Die durch diese Ausstellung ins öffentliche Interesse gerückte Streitfrage lautete: War die Wehrmacht eine verbrecherische Organisation wie etwa die SS oder war sie im wesentlichen „sauber“ geblieben? Diese Streitfrage hatte ihre Wirkung auch auf die Bundeswehr und ihr Anknüpfen an Wehrmachtstraditionen (siehe dazu die Serie über die Bundeswehr in *AntifaZ* Nr. 66-73), auch wenn die Ausstellungsmacher auf eine Ausleuchtung dieses Gesichtspunktes von vornherein verzichtet hatten und auch die Bundeswehr sich mit offizieller Kritik bedeckt hielt. Die Ausstellung hat nicht zuletzt von der überwältigenden Überzeugungskraft ihres Bildmaterials gelebt. Gerade an diesem Punkt haben Einwände des polnischen Historikers Bogdan Musial sowie einiger anderer Historiker in der Öffentlichkeit (so zumindest in einigen bürgerlichen Zeitungen wie etwa dem Berliner *TAGESSPIEGEL*) den Eindruck hinterlassen, als sei der wissenschaftliche Charakter der Ausstellung damit insgesamt in Frage gestellt.

Politisches Interesse am Verschwinden der Wehrmachtsausstellung

„In der Bilanz fehlender Erinnerung ist von Defiziten politischer Moral zu reden, von Unbußfertigkeit und Schlußstrichrhetorik. Und doch ist dies nur die eine Seite. Die Klage über Versäumnisse darf nicht in Selbstbezug enden. In eine Bilanz gehören gerade auch jene Opfergruppen der Wehrmacht, die als solche bisher keinen Namen gefunden haben - Juden und Partisanen, Kriegsgefangene und Verwundete, Angehörige der Zivilbevölkerung und Geiseln, Frauen und Kinder. Unter den Opferzahlen des Vernichtungskrieges sind sie mitgezählt, aber als spezielle Opfer einer speziellen Tätergruppe sind sie in unserer Erinnerung nicht anwe-

send.“ (Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, Hrsg. Hannes Heer/Klaus Naumann, Hamburger Edition 1995, S. 34)

Die fehlende Erinnerung in korrigierte Bahnen zu lenken, haben sich die Ausstellungsmacher als Ziel gesetzt - ein Ziel, das nicht nur diejenigen unter den (noch lebenden) Soldaten der Wehrmacht, die sich bis heute nicht eingestehen wollen, für einen verbrecherischen Krieg mißbraucht worden zu sein, stört. Nicht Kampfhandlungen stehen im Vordergrund der Ausstellung, sondern der Umgang von Wehrmachtsangehörigen mit wehrlosen Zivilpersonen (darunter Frauen und Kindern) und gefangen genommenen Soldaten. Und hier wurde sehr viel Material zusammengetragen, das die Verstrickung der Wehrmacht in planvolle Verbrechen ungeheuren Ausmaßes vor Augen führt.

Nicht nur Nazis, auch zahlreiche Vertreter des „konservativen“ Spektrums - zu erwähnen wären hier insbesondere der ehemalige Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** und der ehemalige Bundeskanzler **Helmut Schmidt** - haben die Wehrmachtsausstellung von Anbeginn an scharf attackiert und darin eine böswillige Herabsetzung des Ansehens deutscher Soldaten bzw. eine „linksextremistische“ Grundtendenz erblickt.

Natürlich befürchten die „staatstragenden Kräfte“ auch negative Auswirkungen auf das Ansehen der Bundeswehr, die ihre Tradition ja weniger vom deutschen Widerstand gegen die Nazi-Herrschaft als vielmehr von den kriegerischen Einsätzen der Wehrmacht bezieht. Als ein Beispiel sei hier die Traditionspflege der **Saarlandbrigade** angeführt, bei der die „*Waffentaten ... der Fallschirmjä-*

ger der Deutschen Wehrmacht ... am Fort Ebn Emael, auf Kreta und am Monte Cassino ... Legende geworden“ sind (vgl. AntifaZ Nr. 55). Haben sie nun etwa alle Recht bekommen?

Wer ist Bogdan Musial?

Bogdan Musial, 39 Jahre alt, Bauernsohn aus Galizien (Südpolen) und bis zu seinem 25. Lebensjahr als Bergmann unter Tage in Katowice beschäftigt, schloß sich in den 80er Jahren der damals noch verbotenen „Solidarnosc“ an und emigrierte nach Schikanen, denen er ausgesetzt war, 1985 in die Bundesrepublik, wo er zunächst Asyl und später die deutsche Staatsbürgerschaft erhielt und Mitglied der SPD wurde. In Deutschland betrieb er ein Studium der Geschichtswissenschaft und war Doktorand an der Universität Hannover, als er 1997 erstmals die Wanderausstellung sah. Ihn machten Details auf einigen Fotos stutzig, die zu dem Begleittext nicht paßten. Diese Bilder hatten Ähnlichkeit mit Bildern, die er schon mal von Einwohnern der Stadt **Zloczów** in der Ukraine zu sehen bekommen hatte und die nach deren Bekundungen Opfer von Erschießungen durch den **NKWD (Narodnyj Kommissariat dlja Wnutrennych Djel = Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten)** der Sowjetunion darstellten.

Der **NKWD**, dessen Aufgabe in der Sicherung des Staates gegen potentielle Umstürzler bestand und dem von 1934 bis 1941 und dann erneut 1942 bis 1943 auch die Geheimpolizei GPU unterstand, war damals zu einem kaum zu kontrollierenden und daher gefährlichen „Staat im Staate“ der Sowjetunion geworden. Auch viele Kommunisten hatten vor dem **NKWD** und seiner Machtfülle Angst. Nach seiner Auflösung wurde später der **KGB** seine Nachfolgeorga-

nisation.

Auf den Musial aufgefallenen Fotos, die von der seit 1942 tätigen sowjetischen **Sonderkommission zur Dokumentierung faschistischer Kriegsverbrechen** 1944 bei dem gefallenen Wehrmacht-Unteroffizier **Richard Worbs** gefunden und von der Kommission als Dokumente über Opfer von durch die Wehrmacht durchgeführten Massakern durch Genickschüsse eingeordnet worden waren - eine Einordnung, die die Organisatoren der Wehrmachtausstellung übernommen hatten -, hielten sich einige der abgebildeten Wehrmachtssoldaten Taschentücher vor Mund und Nase, was ihn dazu veranlaßte, an einen starken Verwesungsgeruch zu denken, dem sie ausgesetzt gewesen sein mußten.

Musial kam zu dem Schluß, daß es sich bei den auf diesen Bildern abgebildeten Leichen nicht um Personen gehandelt hat, die gerade erschossen worden waren, wie es in der Legende zu diesen Bildern hieß, sondern um von der Wehrmacht exhumierte Leichen von Personen, die bereits früher umgebracht worden sein mußten.

Falsche Zuordnung von Dokumenten

Wenn festgestellt wird, daß Teile der Dokumentation falsch eingeordnet worden sind, so ist deren Korrektur zu begrüßen. Doch sollte man dabei das Kind nicht mit dem Bad ausschütten, indem man etwa Kriegsverbrechen, die auch auf sowjetischer Seite geschehen sind, dazu benutzt, das Wirken der Wehrmacht zu beschönigen. Den Krieg begonnen und damit die massenhafte Vernichtung von Menschenleben inszeniert hat auf jeden Fall Nazideutschland - was es ohne seine Wehrmacht nicht gekonnt hätte.

Von den insgesamt 1433 präsentierten Fotos der

Wehrmachtausstellung (801 davon dokumentieren Verbrechen) konnte Musial laut TA-GESSPIEGEL bei 9 Bildern nachweisen, daß der Kontext, in den sie gestellt worden waren, unzutreffend ist; bei weiteren etwa 25 Bildern ist der Zusammenhang, in dem sie die Ausstellung gezeigt hat, in Frage gestellt worden. Bei 3 der Fotos handle es sich eindeutig um Opfer einer stalinistischen Säuberung in **Zloczów**, die von der Wehrmacht ausgegraben worden seien.

In einem **SPIEGEL**-Interview (**SPIEGEL** Nr. 43 vom 25.10.1999) erklärt **Hannes Heer** dazu: „Wir hatten in einem Archiv in Belgrad fünf Bilder gefunden, die eine Massenerschießung der 717. Infanteriedivision zeigen. Musial hingegen meint, daß ein Foto dieser Serie Opfer des sowjetischen Geheimdienstes **NKWD** im **Lemberg** zeigt. Der **NKWD** hatte dort 1941 beim Anrücken der deutschen Truppen 4.000 Gefangene liquidiert. Das eine Foto werden wir jetzt überprüfen. Im Fall **Zloczów** können wir Musial allerdings nicht ganz folgen. ... Der Vorgang ist kompliziert. (...) Auch in **Zloczów** bei **Lemberg** ermordete der **NKWD** im Juni 1941 einige hundert Gefangene, als die deutschen Truppen näher kamen. Die Deutschen zwangen die Juden **Zloczows**, die **NKWD**-Opfer auszugraben, anschließend wurden die Juden von der **SS** erschossen. Das war der Auftakt zu einer systematischen **SS-Mordaktion**, von der Wehrmacht geduldet, der 3.000 Juden zum Opfer fielen. ... Wir hatten ursprünglich drei Bilder, von denen wir glaubten, sie zeigten die ermordeten Juden. Musial aber hält sie für **NKWD**-Opfer. Wir haben jetzt fünf weitere Bilder gefunden, sie sind bereits in der Ausstellung zu sehen, die gerade in **Osnabrück** gezeigt wird. Zwei unserer Fotos zeigen tatsächlich die er-

mordeten Juden, zwei andere zeigen die Juden beim Exhumieren der Leichen der NKWD-Opfer, auf zwei Fotos sind beide Opfergruppen zu erkennen, und zwei Aufnahmen dokumentieren den Mord des NKWD.“

Schwierigkeiten der Zuordnung gibt es auch bei Fotos zahlreicher anderer Ortschaften, die zunächst in sowjetischer Hand waren und dann von der Wehrmacht erobert wurden. Der NKWD wollte potentielle Gegner (etwa ukrainische oder polnische Nationalisten), die man nicht mehr hatte rechtzeitig aus dem umkämpften Gebiet nach Sibirien (zur Zwangsarbeit) abtransportieren können, beseitigen, ehe sie von den Nazis befreit werden und auf deren Seite tätig werden konnten. Für die Nazis waren solche Opfer geradezu ein „gefundenes Fressen“, um mit ihrer Hilfe den gerade im besetzten Polen latenten Haß gegen Juden und Kommunisten zu schüren.

Falsche Kritik an der Wehrmachtausstellung

Massive Kritik an der Wehrmachtausstellung hat auch der ungarische Historiker **Krisztian Ungváry** geübt, eine Kritik, die beispielsweise im *TAGESSPIEGEL* als der von Musial gleichrangig behandelt wird.. Ungváry hat u.a. behauptet, daß nur ein Zehntel der Fotos der Ausstellung Verbrechen der Wehrmacht zeigten.

Heer dazu: „Das ist absurd. Da übernimmt Ungváry - ohne den Versuch eines Beweises - eine alte Rechnung von rechts-extremen Pamphletisten.“ Wenn man von den Porträts absehe, gebe es in der Ausstellung noch immer rund 800 Fotos, die Wehrmachtsverbrechen dokumentierten. Zum Retusche-Vorwurf Ungvárys, der erklärte, auf einem Bild mit einer Leiche am Galgen habe auf dem Originalfoto ein Schild mit

der Aufschrift „Ich bin ein Feigling“ gehangen und es habe sich dabei um einen erschossenen Deserteur gehandelt, sagte Heer: „Wenn wir retuschierte Bilder fanden, haben wir sie aussortiert. Möglicherweise ist das Exemplar, das Ungváry vorlegen will, retuschiert.“

Generell machte Hannes Heer darauf aufmerksam, daß die gezeigten Bilder den **Forschungsstand von 1995** widerspiegeln und in den Archiven, in denen sie gefunden wurden, z.T. unterschiedlich zugeordnet wurden. Man habe stets versucht, die neuesten Forschungsergebnisse korrigierend einfließen zu lassen, und entsprechende Errata-Listen in die Kataloge gelegt. Wenn Musial hier den Ausstellungsmachern Versäumnisse vorhält, so sei das unrichtig. Im übrigen habe er ihn bereits im Frühjahr zur Mitarbeit aufgefordert und könne diese Aufforderung nur wiederholen.

werden mußten, was nicht ohne teilweise erhebliche Versorgungsengpässe (einschließlich einer großen Hungersnot, die zahllose Todesopfer forderte) ablief. Bis 1929 befand sich die Sowjetunion zudem noch im Bürgerkrieg, bei dem die Gegenkräfte teilweise von den imperialistischen Interventionsmächten Großbritannien, Frankreich und USA aus deren jeweiligen Eigeninteressen heraus unterstützt wurden. Bereits 1935 (mit Gründung des Kaiserreiches **Mandschukuo**) tauchte ein neuer Imperialismus (Japan) an der Ostgrenze der Sowjetunion auf, der wenig später mit der aufkommenden Großmacht im Westen, Nazi-Deutschland, den gegen den Weltkommunismus gerichteten **Antikominternpakt** schloß. Das Bewußtsein, von imperialistischen Mächten eingekreist zu sein und daher im Innern ein Auseinanderbrechen notfalls mit Gewalt verhindern zu müssen, ist leicht nachvollziehbar. Der Sozialismus, in dem es

nach wie vor Klassenunterschiede und demzufolge auch unterschiedliche Klasseninteressen gibt, ist eine **Übergangsgesellschaft**, die sowohl in den Kapitalismus zurückfallen als auch sich zum Kommunismus weiterentwickeln kann. Zweifellos wurden von den Kommunisten schwerwiegende Fehler bei der Zuordnung von Freund und Feind gemacht - mit schlimmen Folgen für die davon unschuldig Betroffenen, zumal sich in Kriegszeiten die Widersprüche verschärften. Eine der falschen Grundannahmen bestand etwa darin, den Sozialismus bereits als klassenfrei anzusehen und vorhandene Widersprüche denen, die sie äußerten, als Böswilligkeit zuzuschreiben. Diese falsche Ansicht teilte auch Stalin.

Es gab Planziele, die bestimmten Bevölkerungsgruppen sehr viel abverlangten - so etwa die forcierte den Entwicklungsstand in Westeuropa, den USA und Japan „nachholende“ Industrialisierung, die auch mit Hilfe von Straflagern verwirklicht wurde -, es gab jedoch keine zentrale Planung zur systematischen Vernichtung und Versklavung ganzer Menschengruppen bloß aufgrund ihrer Herkunft, wie es für den Faschismus kennzeichnend ist.

Der Ausdruck „Stalinismus“ orientiert auf eine **Konvergenztheorie**, derzufolge Kommunismus und Faschismus zwangsläufig auf einen **Totalitarismus** hinauslaufen, der jedwede Freiheit vernichtet.

Wäre es in der Sowjetunion unter Stalin so gewesen, so hätte sie der technisch zunächst hochüberlegenen Wehrmacht kaum standhalten können, da ihr Zusammenhalt moralisch keine Grundlage gehabt hätte. Trotz aller Widersprüche wurde jedoch die Gesellschaft der Sowjetunion von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung als ein erheblicher Fortschritt gegenüber der Gesellschaft zur Zarenzeit empfunden.



den, den viele Menschen auch mit ihrem Leben zu verteidigen bereit waren. Diesen Widerstand hatten die Nazis unterschätzt. **Die Planung des „Unternehmens Barbarossa“ beruhte auf der falschen Grundannahme, man brauche nur „in das Wespennest hineinzustechen“, z.B. ethnische (völkische) Widersprüche zu schüren, den einen dies, den anderen jenes zu versprechen und alle gegen Juden und Kommunisten aufzuhetzen, und die Sowjetunion bräche fast von selbst auseinander.**

Daß dies nicht so war, hat zur Brutalisierung des Krieges sicherlich auch beigetragen, weil auf Seiten der Wehrmacht nun die Angst hinzukam, dem Gegner auf Dauer nicht gewachsen zu sein. Eine wichtige Lehre, die in der Sowjetunion nach dem Krieg gezogen wurde, hielt nur wenige Jahre vor: Die **Abschaffung der Todesstrafe 1947**, die dazu dienen sollte, begangene Falschbeurteilungen von Menschen grundsätzlich korrigierbar zu halten und damit eine gewisse Rechts-

sicherheit einkehren zu lassen, wurde bereits 1952 wieder rückgängig gemacht.

Von bürgerlichen Kräften wird das Wort „Stalinismus“, wenn es verwendet wird, heute gern mit kommunistischen Inhalten schlechthin aufgefüllt, wobei die von Kommunisten gemachten Fehler als wesentlich und beim Kommunismus zwangsläufig hingestellt werden, es ist mithin kein wissenschaftlicher, sondern ein polemischer Begriff.

Ist nun die ganze Ausstellung wertlos geworden?

Die Folge der Feststellung Musials und anderer Historiker ist für die Ausstellung von nicht unerheblicher Bedeutung, auch wenn der Vorwurf, nur wenige Bilder dokumentierten wirklich Wehrmachtsverbrechen, haltlos ist. Zu berücksichtigen ist immerhin, daß der Nazistaat das private Fotografieren in solch neuralgischen Zonen seines Wirkens unter schwere Strafe gestellt hat, ohne allerdings jeg-

liches Fotografieren damit unterbinden zu können. Bei vielen Fotos, die dennoch gemacht wurden, ist daher die Zuordnung nicht leicht, da diejenigen, die sie machten, ihr Geheimnis für sich behielten und, wenn sie bei Kampfhandlungen ums Leben kamen und man die Fotos bei ihnen fand, vielleicht sogar für immer.

Mir persönlich sind bei meinem Besuch der Ausstellung in Frankfurt die als zweifelhaft genannten Bilder nicht einmal im Gedächtnis haften geblieben, wohl dagegen **Bilder, auf denen Wehrmachtssoldaten vor zahlreichen aufgehängten Widerstandskämpfern posieren, Bilder, auf denen Wehrmachtsangehörige eigenhändig jüdische Partisaninnen in Minsk aufknüpfen, Bilder, auf denen Wehrmachtsangehörige auf wehrlos am Boden liegende Menschen schießen, Bilder, auf denen Wehrmachtsangehörige etwa in zuvor mit Hilfe der Wehrmacht errichteten Ghettos jüdische Männer (etwa durch Abschneiden der Haare) de-**

mütigen und quälen und sich über deren Reaktionen belustigen, oder Bilder, auf denen nackte Jüdinnen mit ihren kleinen Kindern auf dem Arm vor ausgehobenen Massengräbern darauf warten, erschossen zu werden - auch wenn die Schützen nicht selbst der Wehrmacht angehört haben mögen, so hat die Wehrmacht doch dergleichen mitorganisiert und ermöglicht.

Es gab gelegentlich untergeordnete Stellen der Wehrmacht, von denen der Versuch gemacht wurde, solche Mordaktionen zu unterbinden, wobei dann höhere Stellen der Wehrmacht solche Befehle wiederaufhoben und damit den Massenmord ermöglichten. Auch dafür dokumentiert die Ausstellung Beispiele. So hatte ein Oberleutnant **Helmut Groscurth** durch entsprechenden Befehl verhindern wollen, daß die SS im **Bjelaja Zerkow** (bei Kijew) ein Massaker an jüdischen Kindern vornahm; der zuständige Generalfeldmarschall **Walter von Reichenau** jedoch hob dessen Befehl auf und gab damit die Kinder zur Erschießung frei.

In Erinnerung geblieben sind mir auch zahlreiche andere Schriftdokumente: nicht nur die eindeutigen Befehle von Wehrmachtsdienststellen zur Sonderbehandlung der jüdischen Bevölkerung oder russischer Kriegsgefangener, sondern auch Briefe einfacher deutscher Soldaten an ihre Angehörigen in der Heimat, die einen in der Wehrmacht weitverbreiteten Geist von Menschenverachtung und Antisemitismus spiegeln. Daran kann man nicht einfach vorbeigehen und so tun, als seien das nur einzelne bedauerliche Entgleisungen in einer ansonsten anständig gebliebenen Armee gewesen. All diese Dokumente bleiben nach wie vor unstrittig. Sie machen deutlich, daß Demokraten auf solchen Traditionen nicht aufbauen können.

nen.

Im übrigen könnte die Dokumentation ohne weiteres erweitert werden, wenn man etwa Bilder von der Niederschlagung des Aufstandes im **Warschauer Ghetto** unter **Jürgen Strop**, an der ja Wehrmachtseinheiten unmittelbar beteiligt waren, oder vom Wirken der deutschen Armee in **Italien** seit dem Sturz des Duce, **Benito Mussolini**, hinzufügt - erinnert sei hier etwa an das Verfahren gegen **Erich Priebke** und andere (zum geschichtlichen Hintergrund vgl. *AntifaZ* Nr. 61).

Wenn damals Wehrmachtangehörige Verbrechen der Gegenseite „aufdeckten“, so wurde in der Propaganda unter den deutschen Wehrmachtangehörigen dieses Material vor allem dazu benutzt, deren Furcht vor und Haß auf Juden und Kommunisten zu steigern, Tötungshemmungen gegenüber wehrlosen Personen zu überwinden und den Vernichtungswillen der Soldaten anzustacheln. Sie ließen die Opfer mit Absicht Juden ausgraben, denen sie dann zur Last gelegt wurden und die danach „bestraft“ wurden. Erlebnisse dieser Art beschreibt etwa der jüdische Autor **Shlomo Wolkowicz** aus Zloczów, den als Gymnasiasten, der gerade sein Abitur bestanden hatte, ein SS-Mann und ein Ukrainer zusammen mit seinem Onkel vom Frühstückstisch wegholten: „Ihr seid Juden, nicht wahr? Also mitkommen!“ Unter Schlägen von SS-Leuten und Ukrainern mußten die Juden von Zloczów die NKWD-Opfer ausgraben, während die **Feldgendarmarie** der Wehrmacht das Gelände weiträumig abspernte. Die ausgegrabenen Toten wurden von den Ukrainern auf Pferdewagen zum Friedhof gebracht und dort bestattet, die Juden mußten sich in die gerade geleerte Grube legen und wurden mit Salven aus zweifüßigen Maschinengewehren von SS-Leuten erschossen. Wolkowicz hatte un-

ter einem Leichenhaufen das Massaker überlebt (vgl. *SPIEGEL* Nr. 4 vom 25.01.1999).

Solche für die jüdische Bevölkerung eines Ortes tödlichen „Entdeckungen von Massengräbern“ sollten nur herausstreichen, daß Nazideutschland mit seinem von langer Hand vorbereiteten „**Unternehmen Barbarossa**“ einen gerechten Krieg gegen „jüdisch-bolschewistisches Untermenschentum“ führte und zu dessen Vernichtung jedes Mittel erlaubt war, z.B. das Zusammenreiben zigtausender gefangener Sowjetsoldaten auf großen Feldern ohne Schutz vor der winterlichen Kälte und bei systematischem Verhungernlassen oder die sich über drei Jahre hinziehende systematische Aushungerung der belagerten Stadt **Leningrad**.

Der Krieg entwickelt seine eigene Dynamik, und angesichts seiner Schrecken nimmt es nicht wunder, wenn die daran Beteiligten verrohen und sich häufig auch Jahre danach noch nicht wieder in ein friedliches Zusammenleben eingliedern können. Auch sehen „Falken“ in den jeweiligen Reihen im Krieg die Chance für ein „Großreinemachen“. Wir haben dies beim Kosova-Krieg mal wieder deutlich zur Kenntnis nehmen müssen. Die Schuld für den Zweiten Weltkrieg jedoch trägt der Nazistaat, nicht die Sowjetunion, der bis dahin ein Angriffskrieg nicht vorgeworfen werden konnte.

Versuche, „russische Greuel“ auch international zugunsten des Nazistaates zu nutzen, wie es vor allem die Propaganda unter Goebbels versuchte, blieben 1941 jedoch angesichts der weltweit bekannt gewordenen, von der Wehrmacht mitorganisierten und von der SS durchgeführten Massenerschießungen z.B. von Juden in **Minsk** und **Babij Jar** ohne politische Wirkung.

Die unter Vorsitz von **Reinhard Heydrich** und mit Beteili-

gung der gesamten Wehrmachtsspitze an der deutschen Dienststelle der Interpol durchgeführte **Wannsee-Konferenz** am 20.01.1942 sollte dazu beitragen, die unter allen einschlägig tätigen Dienststellen koordinierte „*Endlösung der europäischen Judenfrage*“ auf eine weniger auffällige Weise als durch Massenerschießungen herbeizuführen, statt „militärischer“ sollten „industrielle“ Methoden angewandt werden - auf Vorschlag von **Adolf Eichmann** wurde die „**Aktion Reinhard**“ beschlossen: schrittweise Wiederauflösung der zuvor errichteten Ghettos, Bereitstellung und Absicherung der dazu notwendigen Transportmittel, Einsatz der arbeitsfähigen jüdischen Menschen - nach Geschlechtern getrennt - zu Schwerarbeit in Straßenbaukolonnen in Osteuropa, ein Arbeitseinsatz, der „das Problem“ bis auf eine „*natürliche Auslese*“ (Heydrich) reduzieren werde, die - da „*als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen*“ - einer anschließenden „Sonderbehandlung“ zu unterziehen sei, „Umsiedlung“ der nicht Arbeitsfähigen in als Arbeitslager getarnte Todeslager und ihr massenhaftes Umbringen mit Giftgas und - zwecks Spurenbeseitigung - anschließendes Verbrennen der Leichen in Krematorien.

Wilhelm Keitel, seit dem 04.02.1938 Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, der sich zunächst dem „*Unternehmen Barbarossa*“ widersetzen wollte, es dann aber äußerst dienstbeflissen betrieb, hatte bereits in den „**Richtlinien des OKW zur Führerweisung Nr. 21 vom 13. März 1941**“ der SS für ihre vorgesehenen Vernichtungsoperationen freie Hand gegeben und am 27.07.1941 einen Befehl erlassen, der den Reichsführer **SS Heinrich Himmler** ermächtigte, in den zu dem Zeitpunkt noch in sowjetischer Hand befindlichen Gebieten sein

Schreckensregiment zu errichten. Den Truppenkommandeuren erläuterte er, die Hinrichtung gefangener sowjetischer politischer Kommissare selbst zu veranlassen oder diese an die Gestapo auszuliefern. Er begründete dies damit, daß es sich um einen „*Kampf zweier Weltanschauungen*“ handle, wo soldatische Fairness fehl am Platze sei. Der „**Nacht- und Nebelerlaß**“ vom 07.12.1941, der es erlaubte, „*Personen, die die deutsche Sicherheit gefährden, kurzerhand aufzugreifen und verschwinden zu lassen*“, wurde von Keitel auch zur Richtlinie für die Wehrmacht gemacht. Am 16.12.1942 verteidigte Keitel ausdrücklich die Maßnahmen der auf sowjetischem Gebiet operierenden Einsatzgruppen und schrieb in einem Befehl, die Truppe sei „*berechtigt und verpflichtet, in diesem Kampf ohne Einschränkung auch gegen Frauen und Kinder jedes Mittel anzuwenden, wenn es zum Erfolg führt*.“ Rücksichten seien „*ein Verbrechen gegen das deutsche Volk*“.

Zur Deutung der von Musial kritisierten Fotos

Bereits im Herbst 1997 hatte Musial an den Ausstellungsleiter Hannes Heer geschrieben, daß die von ihm kritisierten Fotos nicht Opfer der Wehrmacht zeigten, sondern die Exhumierung von Menschen, die durch sowjetische Einheiten in Zloczów erschossen worden waren. Musial erklärt im nachhinein (1999) dazu: „*Ich wollte mithelfen, die Ausstellung zu verbessern, wurde aber sofort mit den rechten Kritikern in eine Ecke gestellt.*“

In einem Antwortschreiben vom Februar 1998 wurden Musials Einwände zwar nicht bestritten, jedoch sahen die Aussteller keine Veranlassung, die Bilder zu entfernen, da es sich bei den ausgegrabenen Lei-

chen „*mit großer Wahrscheinlichkeit*“ um von ukrainischen Nationalisten erschlagene Juden gehandelt habe, die zu ihrem Tun durch die vorrückende Wehrmacht ermutigt wurden. Musial: „*Nicht einmal die falschen Bildunterschriften wurden korrigiert.*“

Musial, der es als „*ungeheuerlich*“ ansah, „*daß Leute, die den Anspruch erheben, ein Tabu zu brechen, um moralisch etwas zu bewirken, das Gedenken für die Opfer des Kommunismus für eigene Zwecke mißbrauchen*“, wandte sich nunmehr an die Öffentlichkeit und warf **Hannes Heer** vor, auf seine Kritik „*nicht reagiert*“ zu haben, der daraufhin gegen ihn eine Verleumdungsklage anhängig machte. Musial verlor diesen Prozeß, denn Heer hatte sehr wohl reagiert, wenn auch nicht im Sinne Musials.

Musial sah sich einer „*Rufmord-Kampagne*“ ausgesetzt, weil das Hamburger Institut an namhafte Historiker in Deutschland Ausschnitte aus rechtsgerichteten Zeitungen verschickte, in denen Musial gelobt wurde. Auch der **SPIEGEL** schrieb Musial „*Kontakte in die rechte Szene*“ zu. Musial, dazu vom **TAGESSPIEGEL** (12.11.1999) befragt, erklärt: „*Das wird richtiggestellt. Ich habe die Angebote aus dieser Richtung, Gespräche, Vorträge, finanzielle Unterstützung, stets zurückgewiesen. ... Ein Rechter bin ich nie gewesen.*“

Nun kann jemand einerseits natürlich auch ein Rechter sein, ohne solche Kontakte zu haben.

Andererseits müssen seine Darlegungen nicht deswegen schon falsch sein, nur weil sie Lob von der falschen Seite bekommen. Wir kommen nicht umhin, uns damit prüfend auseinanderzusetzen, sei es um sie zu widerlegen sei es um sie in unsere Betrachtungen einzubeziehen.

KD

DVU - KREISVERBAND RECKLINGHAUSEN GEGRÜNDET

Wie kaum anders zu erwarten, wurde am 26. November 1999, eine Woche nach dem ersten Gründungsversuch, der Kreisverbandes Recklinghausen-Gelsenkirchen-Bottrop der DVU gegründet. Zum Kreisvorsitzenden wurde Heiner Höving gewählt, sein Stellvertreter ist Peter Lubojanski. In gut deutscher Vereinsmanier teilt Höving der Presse am 18.2.2000 mit, dass außerdem die Herren Willi Kreye, Siegbert Pradella und Heiko Klösch dem Vorstand angehören.

Die rassistische und ausländerfeindliche Hetze gelingt ihm noch nicht so glatt und professionell wie seinem Chef Frey in München, aber es gibt sich alle Mühe:

„Schwerpunkt der Arbeit ist die kritische Kommentierung der Lokal- und Kreispolitik sowie die Eindämmung des weiteren Zuzugs von Asylanten und Ausländern in das Kreisgebiet.“ Zum „Eindämmen“ hätte unbedingt die „Flut“ gehört, hier ist Höving mit dem Begriff „Zuzug“ noch auf CDU-Niveau. Noch stärker misslingt die nationalistische Schiene: *„Des weiteren setzen wir uns für eine Quotenregelung (sic!) für Ausländer an Schulen und Kindergärten (sic!) ein, damit die Eigenständigkeit der deutschen Kultur für die Schüler- und Lehrerschaft erhalten bleibt.“*

Es wird wohl sein Geheimnis bleiben, was eine „deutsche Kultur für die Schüler- und Lehrerschaft“ sein soll, die „erhalten“ bleiben soll - warum schreibt er nicht einfach, was er meint, nämlich „Ausländer raus“? Nein, das Ganze muss natürlich eine parlamentarisch-demokratische Form haben, die DVU ist ja eine „demokratische“ Partei, nicht wahr?

Im Folgenden zeigen wir an einigen Beispielen auf, was vom „demokratischen“ Charakter der DVU zu halten ist.

An der Gründung der DVU, die übrigens als Verein erfolgte, waren neben dem Vorsitzenden *Gerhard Frey* u.a. der Mitbegründer und spätere Vorsitzende der Aktion Oder-Neiße (AKON) *Erwin Arlt*, der Nazi-Schriftsteller *Wilhelm Pleyer*, der *Nationalzeitungs-*Verlagsleiter und Münchener CSU-

Vertriebenenfunktionär *Emmerich Giel*, der Obersturmführer der Waffen-SS und NPD-Abgeordnete *Walter Brandner* sowie der baden-württembergische CDU-Ortsvorsitzende *Werner Nowack* beteiligt.

Schon 1976 organisiert die DVU eine Kundgebungswelle unter dem Motto: *„Gerechtigkeit für Deutschlands Helden“*, in der als Symbolfiguren der wegen Kriegsverbrechen in Frankreich verurteilte SS-Führer *Jochen Peiper* und der Stuka-Flieger und glühende Hitler-Verehrer *Hans-Ulrich Rudel* aufgebaut werden.

Das DVU-Vorbild *Jochen Peiper* war Chef der gleichnamigen SS-Kampfgruppe, die im 2. Weltkrieg bei Malmedy siebzig unbewaffnete US-Kriegsgefangene ermordete.

Eine besonders perfide Provokation stellte eine von der DVU am Ort des ehemaligen Konzentrationslager Dachau geplante „Oberst-Peiper-Ehren-Kundgebung“ dar.

1977 lässt Frey einige seiner Veranstaltungen durch die terroristische und 1980 verbotene „Wehrsportgruppe Hoffmann“ schützen. 1982 unternimmt der notorische Holocaust-Leugner und selbst ernannte britische „Historiker“ *David Irving* eine Vortragsreise für die DVU. Irving, der inzwischen in der Bundesrepublik Einreiseverbot hat, geriet in diesen Tagen wieder in die Schlagzeilen, weil er erneut wegen der Leugnung des Holocaust in Großbritannien vor Gericht steht.

1986 schließt sich die DVU mit der NPD zu einem Wahlbündnis (Deutsche Volksliste) zusammen. Im März 1987 wird in München, unter Einbeziehung des Vereins

DVU, die Wahlpartei „DVU-Liste D“ gegründet.

1990 kündigt die DVU das Bündnis infolge der schlechten Wahlergebnisse der NPD bei der Bundestagswahl desselben Jahres auf.

1993 ist der russische Rechtsextremist *Wladimir Schirinowski* Ehren-gast der jährlichen DVU-Großveranstaltung in Passau. Bei einem Gegenbesuch in Moskau erklärt Frey, Schirinowski und dessen Liberal-Demokratische Partei (LDP) unterstützen zu wollen.

Im August 1994 kommt es zu einem Treffen zwischen Frey und dem damaligen REP-Vorsitzenden *Franz Schönhuber*, auf dem sie ihre Differenzen beilegen und für eine „rechte Abwehrkraft“ gegen die „linke Volksfront“ plädieren, die angeblich Deutschland beherrsche.

Im Juni 1998 trifft sich Frey mit dem Führer des französischen Front National, *Le Pen*. Nachdem der FN jahrelang die REPs unterstützt hatte, findet seit den 90er Jahren ein Kurswechsel statt. Bei dem Treffen 1998 wird eine „enge Zusammenarbeit“ beschlossen. Die Nationalzeitung schreibt: *„Jean Marie Le Pen begrüßt die jüngsten Erfolge der DVU und gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß der Partei der Sprung in den Bundestag gelingen wird. Gerhard Frey bezeichnet den Front National als Modell für die deutsche Rechte.“*

Im November 1998 kommt es zu einem Treffen zwischen Frey und dem REP-Vorsitzenden *Rolf Schlierer*. Schlierer teilt den Kontakt den Seinen ganz beiläufig mit, Angriffe aufeinander werde man in Zukunft unterlassen. Nur „eine Art Waffenstillstand“ sei das, sagt Schlierer der *Jungen Freiheit*.

Schlierers Vorgänger Schönhuber musste noch vier Jahre zuvor wegen seiner gemeinsamen Erklärung mit Frey den Hut nehmen. Die Basis fast aller rechtsextremen Parteien fordert die Zusammenarbeit.

Die DVU wird von *Gerhard Frey* zentralistisch geführt und ist finanziell von ihm abhängig. Sein privates Vermögen, das auf mehrere hundert Millionen Mark geschätzt wird, ermöglicht der DVU eine umfangreiche Wahlpropaganda, wie zuletzt bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt.

Auf einer Pressekonferenz im September 1997 erklärt er: „*Ich bin tatsächlich der einzige Parteivorsitzende seit Gründung der Bundesrepublik, der seine Partei finanziert.*“ (Munzinger Archiv/Int. Biographien. Archiv 3/98).

Nach dem Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt wurde *Heinrich Gerlach* zum Fraktionsgeschäftsführer in Magdeburg bestellt. Gerlach gehörte in den 70er Jahren zur sog. Harting-Bande und war am Aufbau des Nationaldemokratischen Hochschulbundes beteiligt. Auch der Parteisprecher *Bernd Dröse* gehörte zur Harting-Bande, die paramilitärische Übungen veranstaltete.

Die Programmatik bedient sich traditioneller rechtsextremer Agitationsmuster. Schwerpunkte sind Revisionismus, rassistische Äußerungen, antisemitische Ressentiments, Angriffe gegen Repräsentanten des Staates und ein ausgeprägter Militarismus.

Die Relativierung des Holocaust

und weiterer Nazi-Verbrechen ist seit Gründung der DVU eines ihrer Hauptthemen.

Ausländer werden ganz überwiegend für die Kriminalität in Deutschland verantwortlich gemacht. Die „*Entdeutschung des deutschen Volkes durch Einwanderung von Fremden*“ (Deutsche National-Zeitung Nr. 26/1997, S. 1) ist ein durchgängiges rassistisches Stereotyp der Partei. Der europäische Einigungsprozess wird wegen der „*Untergrabung des nationalen Interesses*“ abgelehnt.

Die Aggressivität der DVU-Agitation, ihre rassistische Hetze, belegt die Rede des ehemaligen DVU-Abgeordneten der Bremer Bürgerschaft und engen Frey-Mitarbeiters *Hans-Otto Weidenbach*: „*Werfen Sie die Schwindler heraus, die Gauner, die Verbrecher multinationaler Herkunft, die Herointürken und Kokainneger, zigeunernden Plünderer und polnischen Schmuggler und Autoschieber, denn durch die Duldung züchten Sie ja Fremdenfeindlichkeit.*“ (A. Linke, Der Multimillionär Frey und die DVU, S. 62)

„*Wie viele Holocaust-Mahnmale noch?*“, „*Jetzt kommen die Juden-Massenhafter Zustrom geplant*“, „*Wiedergutmachung ohne Ende?*“ sind typische Schlagzeilen der Frey-Presse. Das deutsche Volk werde daran gehindert, gleichberechtigtes Mitglied in der Völkergemeinschaft zu werden. Schuld daran seien die Juden.

Immer wieder betont die DVU, dass sie auf dem Boden des Grundgesetzes stehe, dass sie Gewalt ablehne und sogar eine „ausländerfreundliche Partei“ sei.

Doch immer wieder kommt es zu Gewalttaten bis hin zu Mord- und Totschlagsdelikten, an denen DVU-Mitglieder oder deren Anhänger beteiligt sind:

* Nach der alljährlichen DVU-Kundgebung in der Passauer Nibelungenhalle am 16. Februar 1991 ziehen 25 Nazi-Skins in die Altstadt, verprügeln Gegendemonstranten und werfen Scheiben ein.

* Am 16. Juni 1991 ersticht der

Nazi-Skin Mario R. einen 34-jährigen Angolaner. Zwei Jahre zuvor war R. bei einer DVU-Veranstaltung als Ordner eingesetzt.

* Am 3. Oktober 1991 wird der sächsische Landesverband der DVU in Meißen gegründet. Im Anschluss überfallen 80 anwesende Nazi-Skins ein Flüchtlingsheim.

* Im Juli 1992 wird ein Flüchtlingsheim in Bahlen bei Boizenburg mit Brandsätzen angegriffen. Der 21-jährige Frank Sch. ist einer der Angreifer. Vor dem Landgericht Schwerin sagt Sch. aus, dass er kurzzeitig Mitglied der DVU gewesen sei und dass bei der DVU Gruppen zur Ausländerjagd ausgebildet worden seien.

* Am 29. Mai 1993 wird ein Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Haus in Solingen verübt, fünf Bewohner sterben. Bei einem der Täter, Markus G., wird ein im April 1992 ausgestellter Mitgliedsausweis der DVU gefunden.

* In Hamburg-Norderstedt werden 1992 Brandanschläge gegen das Haus einer afghanischen Familie verübt und brennende Holzkreuze mit Ku-Klux-Klan-Parolen vor Häusern ausländischer Mitbürger aufgestellt. Einer der Täter ist zum Tatzeitpunkt DVU-Mitglied.

* Mirko Mokry, heute Landtagsabgeordneter der DVU in Sachsen-Anhalt, „hatte vor eineinhalb Jahren mit Gleichgesinnten ein Denkmal mit rechtsextremen Parolen und Hakenkreuzen beschmiert. Das Ermittlungsverfahren stellte die Staatsanwaltschaft ein. Sie sah in der Aktion des damals 19-jährigen einen 'Dummen-Jungen-Streich'.“ (Der Spiegel vom 4.5.1998).

Die Liste ließe sich fortsetzen - für die Antifaschistinnen und Antifaschisten im Kreis Recklinghausen jedenfalls werden die kommenden Monate erweisen, ob sie die Existenz eines DVU-Kreisverbandes tatenlos hinnehmen wollen.

**Antifaschistischer
Bund Ruhrgebiet**

Anzeige

Theater Kunst

Jonglieren

Artistik

BALANCE

Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5

Öffnungszeiten 10^h-18^h

Sonntags 10^h-14^h & länger Samstag

Österreich im Netz der „Innenpolitik“ der Europäischen Union

Die Europäische Union (EU) fühlt sich brüskiert. Sie nimmt sich das Recht heraus, in die innerösterreichischen Angelegenheiten hineinzuregieren, sie sozusagen als eine „innenpolitische“ Angelegenheit zu behandeln, diesmal nicht - wie bei Jugoslawien - mit Krieg, sondern „nur“ mit Mediendruck zum (nicht ernst gemeinten) Boykott. Österreich ist immerhin ein Mitgliedsstaat der EU, aber noch nicht auch einer der NATO, auch wenn das österreichische Bundesheer beim Kosova-Krieg mit einem eigenen Camp und Feldlazarett für 5.000 Flüchtlinge in Albanien präsent war. Die EU nimmt mit ihrer Haltung eine Struktur vorweg, die sie offiziell noch nicht hat. Wenn es nach dem Willen derer geht, die in der EU auch jetzt schon das Sagen haben (Deutschland und Frankreich), soll es künftig kein Vetorecht eines Mitgliedsstaates mehr geben und sollen nicht mehr alle an ihr beteiligten Länder gleiches Stimmrecht haben, sondern die Größe (gemessen an der Kopfzahl ihrer Staatsangehörigen) und wirtschaftliche Potenz soll auch über den Stimmanteil entscheiden. Die kleinen Länder hätten dann weniger zu melden als bisher.

Das 8 Millionen Menschen zählende Österreich (dessen Anteil an im Lande ansässigen Nichtstaatsangehörigen laut Statistik bei 9,1 % liegt) eignet sich dabei für eine passive Vorreiterrolle.

Ziel ist es, das Europa der Monopole aktionsfähiger zu machen - gegenüber dem großen Konkurrenten USA, deren ehemaliger Präsidentenberater Bronislaw Brzezinski einmal provokativ gesagt hat, die EU sei erst dann für ihn vorhanden, wenn sie eine eindeutige Adresse hat, an die man sich wenden kann. Angestrebt ist auch eine eigene Europa-Armee, die nicht am Bande der auch von USA und Kanada mitbestimmten NATO zappelt. Und in diesem Rahmen eine 60.000 Mann starke schnelle Eingreiftruppe für Einsätze rund um den Globus. Angeblich um die USA in ihrer Weltgendarmenrolle nicht allein zu lassen, tatsächlich aber ebenfalls in Konkurrenz zu dieser Supermacht. Und da

kann man gewisse Schön-

heitsflecken, auf die man aus Washington „sorgenvoll“ blickt, nicht gebrauchen. Vorerst jedenfalls nicht.

Die Damen und Herren auf der politischen Bühne Europas, die gestern noch im Namen der Menschenrechte einen Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien vom Zaune brachen und sich zugleich darauf vorbereiten, das türkische Regime als demokratisiert in ihre Reihen aufzunehmen, blasen nun zum Boykott auf Österreich, weil dort eine Partei mit in der Regierung sitzt, deren bisheriger Vorsitzender von ihnen als Inbegriff des Bösen gebrandmarkt wird.

Der fesche Jörgl, der sich, ohne mit der Wimper zu zucken, bereit fand, auf Verlangen des Bundespräsidenten **Thomas Klestil** eigens seine Treue zur österreichischen Verfassung zu beschwören und zwei von diesem wegen antisemitischer Äußerungen abgelehnte Mi-

nisterkandidaten innerhalb von Stunden durch andere auszutauschen (ohne daß

dies von der von ihm geführten Partei beschlossen werden mußte), und bei der Ämtervergabe in Wien den jungen Damen seiner Partei den Vortritt ließ, hat sich dieweil eines Besseren besonnen und den „Opfergang“ auch weg von der Spitze seiner Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) zurück in sein Bundesland **Kärnten** angetreten, wo er sich als Landeshauptmann (entspricht einem Ministerpräsidenten in einem deutschen Bundesland) darauf konzentrieren wird, irgendwann in nicht allzu ferner Zukunft das Amt eines Bundeskanzlers der Republik Österreich zu übernehmen. Die Partei wird auch ohne ihn an der Spitze tun, was er will - mit Leuten wie **Peter Hojac**, der sich Peter Westenthaler (nach dem Geburtsnamen seiner Mutter) nennt, Haiders „persönlicher Referent“ und zugleich Generalsekretär der FPÖ, **Susanne Riess-Passer**, geschäftsführende Parteichefin, die ihre Mission darin sieht, „den Jörg zum Bundeskanzler (zu) machen“, und von einigen



Ein Herz und eine Seele

Parteifreunden als „Königskobra“ bezeichnet wird, **Gernot Rumpold**, Werbemanager der FPÖ, auf dessen Mist das fremdenfeindliche Volksbegehren von 1993 gewachsen war (unten mehr dazu) (vgl. *TAGES-SPIEGEL*, 07.02.2000). Die Zeit arbeitet für Leute wie Haider - anders ausgedrückt: die politischen Kräfte, die heute in Österreich und Europa regieren, werden in dem Maße, wie sie an Glaubwürdigkeit verlieren und abwirtschaften, die Steigbügelhalter der Haider und anderer seines Schlages sein, sei es **Christoph Blocher** (Schweiz), **Andrzej Lepper** (Polen), **Pia Kjærsgaard** (Dänemark) oder **Carl Hagen** (Norwegen), um nur einige zu nennen, die sich mit dem Vehikel Fremdenhaß ganz nach vorn zu kommen versprechen. Haider zum *SPIEGEL*: Die ÖVP/FPÖ-Koalition könne „ein Modellfall für mehrere Regierungen in Europa werden. (...) Das ist es ja, was die Linke in Wahrheit am meisten fürchtet - daß nämlich ein solches Modell funktioniert.“

Haiders Massenbasis ist groß und wird weiter wachsen. Trotz einer 300.000

Menschen starken antifaschistischen Protestdemonstration in Wien am 20.02.2000, zu der die **Demokratische Offensive**, **SOS Mitmensch** und mehrere jüdische Organisationen aufgerufen hatten und die die neu vereidigte Regierung unter dem immer freundlich grinsenden „kleinen Schwarzen“, **Wolfgang Schüssel** (ÖVP), der sich da auskennt, da er so lange wie kein anderer aus seinem Kabinett (seit 1968) in diesen Gebäuden ein- und ausging, zwang, vom Palast des Präsidenten **Klestil** aus durch einen unterirdischen Geheimgang zu ihren Arbeitsplätzen zu gelangen. Schüssel ist, was markige Sprüche betrifft, dem Jörg Haider gar nicht unähnlich. Den deutschen Bundesbankpräsidenten **Hans Tietmaier** bezeichnete er im Juli 1997 in Amsterdam - damals als österreichischer Außenminister - als „richtige Sau“, einen schwedischen Minister als „Trottel“, einen afrikanischen Außenminister als „Bloßfüßigen“ und den weißrussischen Präsidenten **Aleksandr Lukaschenko** als „Kümmeltürk“ (vgl. Martin H. Schwarz, „Haider's Schüssel-Figur“, in *Jungle World* Nr. 10

vom 01.03.2000). **Sabine Christiansen** weiß in ihrer ARD-Show mit Schüssel von alledem nichts. „Ganze Familien waren ebenso erschienen wie Hippies, Punks, Pelz tragende Damen aus der feinen Gesellschaft, Herren mit Schlips und Kragen sowie Rentner und Schüler. Ein Querschnitt der Bevölkerung wollte 'das andere Österreich' darstellen und beweisen, daß 'Österreich kein Nazi-Land' ist, sondern eine weltoffene Demokratie. (...) In Anspielung auf die Fliege (Mascherl) des neuen österreichischen Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel sprachen Demonstranten vom 'Mascherldrahtzaun', der Österreich jetzt vom übrigen Europa abgrenze. 'Vom Herzen in den Arsch Europas' stand auf einem Plakat. 'Mit siebenundzwanzig Prozent ins Neandertal' lautete ein Slogan unter Anspielung auf den Stimmenanteil von Jörg Haider's FPÖ bei der letzten Wahl. (...) ei der Abschlussskundgebung sprach neben dem französischen Schauspieler **Michel Piccoli** der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, **Michel Friedman**. Es gelte

nicht, Österreich zu isolieren, (...) sondern gemeinsam mit Österreich den Kampf gegen den Rechtsextremismus aufzunehmen. 'Antisemitismus ist Menschenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit ist Menschenfeindlichkeit.' (...) Die Demonstranten witzelten derweil über das neue Regierungsprogramm: 'Budgetsanierung superflott - mit Stornos und EU-Boycott!'" (Jüdische Allgemeine Wochenzeitung, Berlin, 02.03.2000)

Die Großdemonstration vermittelt hier ein trügerisches Bild, die große Zahl kam auch zustande, weil die nun oppositionelle Sozialdemokratie sich wieder einen linken Anstrich geben muß. Durch Übertreibung hat sie ein bestimmtes Klima miterzeugt.

Viele trauen sich schon jetzt nicht mehr, den Mund aufzumachen. Dabei geht ihnen noch niemand unmittelbar an den Kragen.

Deutsche Fernsehmoderatoren, die meinen, einen Jörg Haider dem deutschen Publikum als einen bösen Faschisten vorführen zu können, wie etwa der Talk-im-Turm-Moderator **Erich Böhme** (diesmal im n-tv), bereiten in Wirklichkeit das Terrain für seinen weiteren Aufstieg vor.

Die von Böhme geladenen Gesprächspartner **Ralph Giordano** (Publizist), **Freimut Duve** (SPD, OSZE-Medienbeauftragter), **Michael Glos** (CSU-Landesgruppenchef in Berlin) sollten Haider „die Maske vom Gesicht reißen“, „den Mythos Haider entzaubern“. Aber sie sahen blaß neben ihm aus. Auf Böhmes plumpe Frage: „Sind Sie ein Neonazi, ein Neofaschist, ein Nationalist oder ein Populist?“ gibt

der Wolf, der Kreide gefressen hat, die Antwort: „Ich bin ein freiheitlicher Reformpolitiker“, auf die Feststellung Giordanos, Haider sei ein „Zwangsdemokrat“, kontert dieser: „Wir leben (in Österreich) in einer Zwangsdemokratie und wollen jetzt eine echte Demokratie, keine Parteienherrschaft“, und schon faßt das jüdische Geißlein Giordano Zutrauen zu dem antisemitischen Wolf: „So wie wir hier sitzen, sind Sie einer der sympathischsten Menschen, die mir in meinem 76jährigen Leben begegnet sind.“ Schließlich versuchte Böhme es noch einmal, Haider aus der Reserve zu locken: „Wollen Sie Österreich an Deutschland anschließen?“ Haider lässig: „Bei der Qualität Eurer Politik haben wir da keine Sehnsüchte.“ Nur Glos, der mit ihm sympathisiert, bleibt äußerlich böse. Er erklärte hinterher, der einzige wirkliche Gegner von Haider gewesen zu sein. Und das sagt schon alles über das Niveau.

Da ihre - zudem von Sachkenntnis über die frühere und aktuelle Politik der FPÖ wenig getrübe - Kritik nicht wirklich radikal ist, gerät ihre

Entlarvungsabsicht zur weiteren Hoffähigmachung. Politische Primaballerinen können das Forum nutzen, um auch in anderen Ländern Furore zu machen. Warum auch nicht? Das Europa der Monopole muß sich ihre Fähigkeiten für erforderliche Fälle warmhalten.

Einige Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs

Die im Lande produzierten Güter, mit denen Österreich Export betreibt, sind zu 49 % Konsumgüter, zu 26,3 % Investitionsgüter, 15,9 % Halbfertigwaren, 4,4 % Nahrungsmittel und nur 4,3 % Rohstoffe. Das Exportvolumen liegt 1998 bei 775 Milliarden Schilling (1 Euro = 13,57 Schilling, 1 US-Dollar = 12,97 Schilling - Börsendaten vom 01.09.1999). **Hauptausfuhrländer sind die BRD (36 %), Italien (8,6 %), Schweiz 5,0 %, Ungarn 4,9 %.** Importieren mußte Österreich für 842 Milliarden Schilling (Konsumgüter 48,2 %, Investitionsgüter 24,3 %, Halbfertigwaren 13,6 %, Rohstoffe 8,9 %, Nahrungsmittel und Genußmittel 5,8 %). **Hauptimportländer sind die BRD**

Anzeige

MIT EINER

SOLARANLAGE

SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LANGER



SWB
Sonnens- und Windenergieanlagen mbH GMBH
Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
Karl Hermann Str. 14
45701 Merken
Telefon 0 21 66 1 4 39 65

Heizungsanlagen
Sanitärinstallationen
Elektroninstallationen

Solaranlagen
Regenwässernutzung
Brennwertkessel

mit **41,8 %**, Italien mit **8,0 %**, Frankreich mit **4,9 %**. Der Tourismus brachte Österreich 1997 mit fast 24 Millionen ausländischen Gästen rund 150 Milliarden Schilling an Einnahmen, so daß von daher das Übergewicht des Imports gegenüber dem Export mehr als ausgeglichen werden konnte. **Die meisten Touristen in Österreich kommen aus der BRD.**

Laut Fischer Weltalmanach 2000 liegt Österreich, dessen Lebendgeburtenquote 1998 mit gut 81.000 (davon mit 29,5 % ein knappes Drittel außerhalb einer Ehe - alleinerziehend sind allerdings nur 12 % der Elternteile) höher als die Sterbequote (gut 78.000) ist, bei den fiskalischen Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages „öffentliches Defizit“ und „Öffentlicher Schuldenstand“ gut im Rennen.

Nach einem öffentlichen Defizit von 5,1 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 1995 sank dieses Defizit zum Jahr 1997 auf 1,8 % des BIP und betrug für 1998 2,1 % des BIP (vorläufiger Wert).

Das Maastrichter Kriterium für die europäische Währung Euro liegt bei 3 %. Beim Schuldenstand sind die Zahlen weniger günstig.

Nach einem Höchststand von 69,8 % des BIP im Jahr 1996 lag der Schuldenstand 1997 bei 64,3 %, 1998 (vorläufig) bei 63,1 % des BIP, während das Kriterium bei 60 % liegt.

Dieser durch Einsparungen beim Staatshaushalt insbesondere im sozialen Bereich und durch Privatisierung bisher staatlicher Betriebe gekennzeichneten monetaristischen Ausrichtung der Wirtschaft entspricht zwar eine

niedrige Inflationsrate, die im Jahresdurchschnitt 1998 bei 0,9 % nach dem Index der Verbraucherpreise lag, dagegen lag die bei den Arbeitsämtern ausgewiesene **Arbeitslosigkeit im Juli 1999** für Gesamt-Österreich im Jahresdurchschnitt 1998 bei knapp 238.000 (1997 bei 233.000), was an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen **7,2 %** (1997 waren es 7,1 %) ausmacht - der Anteil der über 50jährigen lag bei knapp 50.000 (1997 bei gut 44.000), der der Langzeitarbeitslosen (die seit mindestens 12 Monaten ohne Erwerb sind) stieg von 37.700 (1997) auf 37.900 (1998). Der Ausländeranteil (hauptsächlich aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien und Rumänien) an den Erwerbslosen ist im Verhältnis zu deren Zahl an Erwerbspersonen relativ hoch: Er beträgt mit 28.500 im Jahr 1998 rund 8,7 % (gegenüber 8,4 % im Vorjahr).

Dagegen war bei der seit 1991 rückläufigen Zahl der gemeldeten offenen Stellen 1998 ein deutlicher Anstieg (von 19.000 im Jahr 1997 auf 23.000 im Jahr 1998) zu verbuchen. Auf die Bundesländer bezogen, sieht die Arbeitslosigkeit im Juli 1999 wie folgt aus:

Am niedrigsten ist sie in Tirol (wo die ÖVP regiert) mit 3,0 %, es folgen Salzburg, Oberösterreich und Vorarlberg (ebenfalls ÖVP-regiert) mit 3,1 %, 4,0 % bzw. 4,1 %, am höchsten ist sie in Wien (wo die SPÖ regiert) mit 7,4 %, am zweithöchsten im Burgenland (ebenfalls SPÖ-regiert) mit 6,1 %.

In Kärnten, wo der Landeshauptmann für die Amtsperiode 1999 bis 2004 wieder Dr. Jörg Haider (FPÖ)

heißt, liegt die Quote bei 5,0 %, ist also noch relativ günstig. Die ÖVP-regierten Länder sind zugleich die Hauptskigebiete und damit für den Tourismus besonders attraktiv (wenn auch Lawinenunfälle wie im Gebiet des Tiroler Luftkurortes Galtür die positive Bilanz etwas gedrückt haben dürften und auf deutliche Mängel bei den Sicherheitsvorkehrungen schließen lassen). Länder wie Kärnten haben sich besonders als Wahlheimat von Multimilliardären wie **Friedrich Karl Flick** profiliert. Kärnten (aber auch das Bundesland Tirol) spielt damit für Österreich eine ähnliche Rolle wie etwa der Kanton Tessin für die Schweiz.

Die Entwicklung des durchschnittlichen Brutto-pro-Kopf-Einkommens der Erwerbstätigen Österreichs zeigte 1997 mit 19.500 Schilling (gegenüber 19.760 Schilling 1996) eine leicht rückläufige Tendenz.

Angesichts der öffentlichen Verschuldung gegenüber den Gläubigerbanken liegt die **Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung 1997 bei 205.000 Schilling** (gegenüber gut 200.000 im Vorjahr ein deutlicher Anstieg).

Aus Anlaß des im Jahr 2000 von der europäischen Politprominenz gemiedenen **Wiener Opernballs** (an bekannten Politikern war - der TAZ zufolge - nur Kasachstans Staatsoberhaupt **Nursultan Nasarbajew** zu Gast) haben böse Zungen verbreitet, wenn Haider erst einmal Bundeskanzler sei, werde Schüssel als Botschafter Österreichs nach Kasachstan geschickt. Wie der parallel dazu verlaufende, gut 20.000 Beteiligte zählende Wiener „

Opferball“ zeigte, ist in Wien die **Obdachlosigkeit** ein nicht zu übersehendes (seit Jahren zunehmendes) Problem.

Die sich diesen Herausforderungen stellende ÖVP/FPÖ-Regierung macht ganz im Sinne des Neoliberalismus da weiter, wo ihre SPÖ/ÖVP-Vorgängerin aufgehört hat: Sie **senkt die Unternehmenssteuer, erhöht das Rentenalter, streicht Sozialleistungen und Arbeitsschutzbestimmungen, will die Arbeitsmarktverwaltung privatisieren, die Zumutbarkeitsbestimmungen abschaffen** (Facharbeiter sollen z.B. bei schwerer Vermittelbarkeit auch in schlecht bezahlte Hilfsarbeitertätigkeiten vermittelt werden dürfen und bei erneuter Arbeitslosigkeit sowie bei Berentung nach ihrer letzten Tätigkeit bemessen werden können), **Frauen vom Arbeitsmarkt verdrängen und mit entsprechenden Prämien in Mutterschaft bringen, Lohnnebenkosten kürzen und Staatsbeteiligungen abstoßen.**

Da Österreich sich im Ein-

flußbereich der deutschen Wirtschaft befindet, kann die Regierung Schüssel trotz vollmundiger Beteuerungen des deutschen Außenministers **Joseph Fischer** darauf bauen, insbesondere von Deutschland unterstützt zu werden.

Worum geht es bei den verstaatlichten Betrieben? Die verstaatlichte Industrie war der industrielle Kern des österreichischen Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg. „Sie bstand zu größten Teilen aus den ehemaligen **‘Hermann-Göring-Werken’**, einem Stahlkombinat, sowie Kohlengruben, einer Elektrolyse, einer Großraffinerie und einem Chemie- und Düngemittelkonzern.

Die Betriebe waren in den Jahren 1946 und 1947 verstaatlicht worden, um sie dem Zugriff der sowjetischen Besatzungsmacht zu entziehen, die vorhatte, die **schwerindustrielle Basis des Nazi-Reichs auf österreichischem Gebiet als Reparation für erlittene Kriegsschäden zu konfiszieren. Ab 1943 hatten die nationalsozialistischen Wirtschaftsführer mehr und mehr**

Schwerindustriebetriebe auf dem Gebiet der ehemaligen Ostmark konzentriert, vor allem an der Donau, in der Obersteiermark und im südlichen Wiener Becken, weil sie dort noch längere Zeit vor den Bombenangriffen geschützt waren. Es ist nicht übertrieben, wenn man davon ausgeht, daß dieser schwerindustrielle Komplex die Basis für das österreichische Wirtschaftswunder der 60er und 70er Jahre lieferte.“ (Erwin Riess, „Fleisch von Österreichs Fleisch. Zur Geschichte der FPÖ“, in: Junge Welt, 10.03.2000)

Da die Wirtschaftspolitik der ÖVP/FPÖ-Regierung sich in den Grundzügen von derjenigen der sozialdemokratisch geführten EU-Länder nicht wesentlich unterscheidet, spendete ihr die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* vom 08.02.2000 denn auch großes Lob: „Das Programm der neuen Regierung liest sich wie das Bekenntnis im Geiste Gestaltungswilliger des Neoliberalismus.“

KD

Anzeige

»iiiiiiiiihgitt!
Der Alpen-Hitler!«

werden viele von Ihnen jetzt denken. Und auch:
»Hoppla, es ist wieder soweit! Haider hat die Macht übernommen und als erstes TITANIC gleichgeschaltet!«

Falsch gedacht! Wir von TITANIC arbeiten nämlich freiwillig mit Jörg zusammen. Weil wir aus der Geschichte gelernt haben. Weil wir gute Schreibtischtäter sind. Und weil wir demächst auch in Frankreich, England, Holland und Polen verkaufen wollen!

Dafür arbeiten auf 66 Seiten im bewährten »Stürmer-Stil«:
 Gsella&Gärtner, Schiffner&Sonnenborn, Rürup, Henscheid, Zeiler, Zippert, Schmitt und die Sklavenarbeiter Greser&Lenz.

Titanic

Gelt: Der Eiermann von Kärnten wurde auf TITANIC

HAIDER TOTALRASIIERT!

NEWS AUS DEM RUHRGEBIET

Essen, 25.2.2000

Mit einer lautstarken, machtvollen Demonstration protestierten am 24.2. über 2000 Roma in der Essener Innenstadt gegen die bevorstehende Abschiebung vieler Roma in den Kosovo. Die Forderung nach einem Bleiberecht in Deutschland stand im Mittelpunkt der Forderungen. Aufgerufen hatte die Deutsche Roma Union e.V., die sich fast als einzige um das Schicksal der Roma aus dem Kosovo kümmert. Erst am 19.2.2000 erhielt die Roma Union erneut Hilferufe aus dem Kosovo, berichtete der Verein in einem Flugblatt. In Djakovica wurden drei Roma vor den Augen der KFOR mit Benzin übergossen und angezündet. Im Kosovo werden Roma als Menschen zweiter Klasse behandelt. In einer „Erklärung von Bielefelder Roma“ heißt es: „Im Kosovo regiert die NATO und es gibt dort fast keine Roma mehr. Die NATO steht auf der Seite der Albaner und interessiert sich nicht für uns. Wir haben dort keine Rechte.“ „Kein Wort von deutscher Verantwortung“, kein „Nie wieder Faschismus ! Stoppt die Gewalt gegen Roma !“ aus dem Munde eines deutschen Außenministers, kritisierten Sprecher der Roma die Politik der rot-grünen Bundesregierung.

Neben Vertretern der Roma redeten auf der Abschlusskundgebung Juliane Pilz für Pro Asyl und Gabriele Gieseke für die PDS.

(aus: Antifaschistische Nachrichten v. 16.3.2000)

Dortmund, 28.2.2000

Seit Herbst 1999 war die Gaststätte 'Schützeneck' in der Dortmunder Nordstadt Anziehungspunkt für Neonazis und Nazi-Skinheads aus Dortmund und Umgebung (Bochum, Witten, Hamm, Recklinghausen). Bis zu 100 Neonazis versammelten sich dort regelmäßig zu 'geschlossenen Gesellschaften', darunter die lokale Nazi-'Prominenz': 'SS-Siggi' Borchardt (Ex-FAP), der Dortmunder NPD-Vorsitzende Pascal Zinn, Marco Gottschalk von der Faschoband 'Oidoxie', Carsten Köppe von der 'Kameradschaft Dortmund/Witten' usw.

Während der Treffen dröhnten Marschmusik und rechtsradikale Lieder aus der Kneipe; Passanten wurden mit 'Heil Hitler'-Rufen provoziert, ausländische und behinderte MitbürgerInnen wurden massiv bedroht und zusammengeschlagen.

Ganz offensichtlich blieb der Dortmunder Polizei das Treiben nicht verborgen und sie beobachtete die Kneipe über längere Zeit. Aber erst als Dortmunder Antifas aktiv wurden, großflächig Flugblätter verteilten und weitere Aktionen planten, wurde der Staatsschutz aktiv und führte am 25.2. eine Razzia gegen die Kneipe durch. Pech nur, dass die Neonazis offensichtlich Wind von der geplanten Aktion bekommen hatten und die Kneipe geschlossen blieb. Trotzdem konnte die Polizei mehrere Neonazis und Nazi-Skinheads festnehmen, nachdem diese erneut einen ausländischen Mitbürger zusammengeschlagen hatten.

Die Kneipe ist seitdem geschlossen, dem Pächter, Sven Neumann, wurde vom Ordnungsamt die Konzession entzogen. Damit ist den Dortmunder Neonazis zunächst einmal eine wichtige Organisationsgrundlage genommen.

(Antifa Dortmund-Nord)

Essen, 10.3.2000

Auf der Internet-Seite der NPD Essen findet man eine Ankündigung, die Antifaschisten alarmieren sollte. Unter der Rubrik 'Termine' heißt es für Samstag, 6.5.2000. „Demo in Essen“. Die gleiche Ankündigung findet man auf der Internet-Seite der NPD Siegen. Vermutlich handelt es sich um eine auf dem Landesparteitag der NPD am 14.11.1999 beschlossene Demo „gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit“ (Schwerpunkt: Zechenstilllegungen), ein Vehikel, um Hetze gegen Ausländer sozialdemagogisch zu verkleiden. Die Demonstration wurde zuerst allgemein für das Ruhrgebiet angekündigt, danach für Düsseldorf und jetzt für Essen. Ob es sich bei diesen Änderungen einfach um Versuche der Desorientierung handelt, ist nicht klar. Doch nach den Erfahrungen der letzten Jahre und Monate ist es wahrscheinlich, dass die NPD auf jeden Fall versuchen wird zu marschieren. Falls die für Wetzlar und Hannover zum 1. Mai angemeldeten NPD-Demonstrationen verboten werden, könnte ein nur wenige Tage später liegender Termin in NRW sogar zu einer bundesweiten Mobilisierung führen. Also: Haltet Euch den 6.5.2000 schon einmal frei !

(Wolfgang Freye, PDS Essen)

BUCHBESPRECHUNG**Lucie Suhling****Der unbekannte Widerstand**

Hrsg.: Willi-Bredel-Gesellschaft

Unter Mitarbeit v. Ursula Hochmuth

& einem Nachwort von Ulla Suhling

Broschur, 14,2 x 19,7 cm

218 Seiten

DM 19,90; öSch 145,-; sFr 52.50

ISBN 3-931930-13-3**Solidarität - Politische Erinnerungen einer Hamburger Arbeiterin**

„Ich begann meine Unterlagen zu sichten und Notizen zu machen, aber immer wieder zweifelt ich: Lohnte es sich? Wird das, was du im Familienkreis oder unter Freunden erzählt hast, auch andere Menschen interessieren?“

Ich habe ein einfaches Leben geführt, und Sensationelles habe ich nicht zu berichten. Politisch habe ich fast immer an der Basis gearbeitet und hatte überwiegend mit täglicher Kleinarbeit zu tun, so wie Tausende meiner Gefährten auch. Aber gerade der Gedanken daran, dass ich eine der vielen aus meiner Generation bin, die einen solchen Lebensweg gegangen sind, und die Überlegung, dass ich dazu beitragen kann, unbekanntes Geschehen und unbekannte Kampfgefährten vor dem Vergessen zu bewahren, bestärken mich, mein Vorhaben weiterzuführen.“

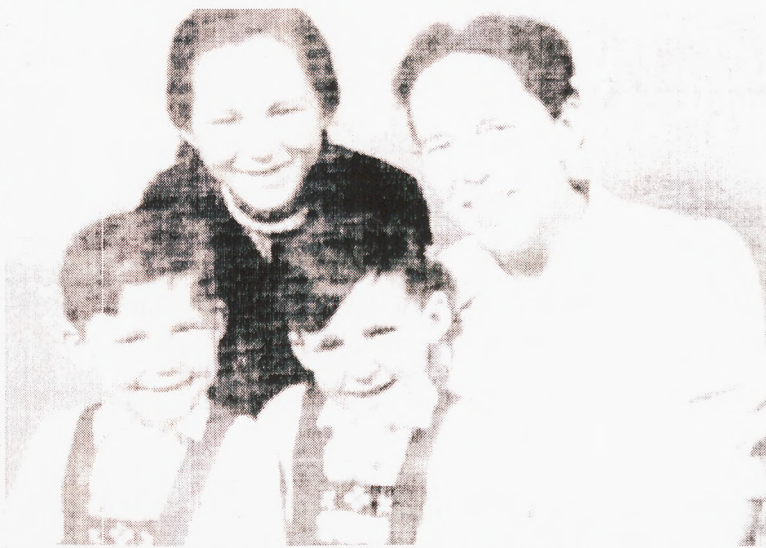
Lucie Suhling, Jahrgang 1905, hat dieses Vorhaben zu Ende geführt.

Ergebnis ist das vorliegende Buch: Erinnerungen einer Arbeiterfrau aus den ersten vier Jahrzehnten ihres Lebens.

Der Niedergang der Weimarer Republik, die Jahre des Faschismus und die Hoffnungen des Mai 1945 stehen im Mittelpunkt dieser Aufzeichnungen.

Es ist der antifaschistische „Widerstand von unten“, wie es Günther Weisenborn formuliert hat, der proletarische Widerstand, der hier auf anschauliche, persönliche Art geschildert wird. Die Erinnerungen Lucie Suhlings an den weitgehend unbekanntem Widerstand berichten auch über bekannte Persönlichkeiten und enthalten zugleich charakteristische Episoden aus dem faschistischen Alltag.

Nicht zuletzt ist dieser Bericht auch ein Beispiel für die Emanzipation einer Frau in der deutschen Arbeiterbewegung.



Lucie Suhling mit ihren Kindern 1948

FRAUENSOLIDARITÄT IN ÖSTERREICH

Seit dem 4. Februar bilden die konservative Volkspartei (ÖVP) und die rechtsextreme populistische Partei (FPÖ) eine Regierungskoalition.

Wir, österreichische NGOs, bezeichnen das politische Programm dieser Regierung als rassistisch und sexistisch. Einer der ersten Schritte der Regierung war, das Büro der Frauenministerin abzuschaffen.

Die neue Regierung setzt auf Familienpolitik statt Frauenpolitik: Frauen sollen mehr Kinder bekommen und dem Arbeitsmarkt länger fern bleiben.

Die Regierung will unter Frauen streng unterscheiden: Migrantinnen müssen fünf Jahre in Österreich gelebt und drei Jahre erwerbstätig gewesen sein, um Anspruch auf Karenz zu haben.

Große soziale und ökonomische Probleme zeichnen sich durch das angekündigte drastische Sparprogramm ab. Um das Budgetdefizit zu reduzieren, werden staatliche Ausgaben im Bereich Soziales, Bildung und Gesundheit gekürzt. Besonders arme Menschen (davon ist der Großteil Frauen) werden darunter leiden. Für die in den letzten Jahrzehnten aufgebaute österreichische Infrastruktur von Fraueneinrichtungen und -organisationen bedeuten diese Kürzungen das wahrscheinliche Aus (eine dieser NGOs ist die Frauensolidarität).

Als besonderen Affront sehen wir die Forderung des Verteidigungsministers, der das Budget für Militärausgaben um 25 % erhöhen will.

Die Liste der geplanten Grausamkeiten ließe sich fortsetzen.

Eines möchten wir noch erwähnen: Seit dem 4. Februar wird in Österreich gegen die Regierung protestiert und ihr Rücktritt gefordert. Es gibt Proteste, wie es sie schon lange nicht mehr gab. Sehr viele Menschen sind tief beunruhigt und tausende gehen jeden Abend (!) in Wien auf die Straße. Diese politisierte Stimmung ist in unserem Land etwas Besonderes und gibt Hoffnung, dass hier eine anhaltende Widerstandsbewegung entsteht.

Da auch die NGO Frauensolidarität in ihrer Existenz gefährdet ist, bitten wir Euch, Informationen über unsere Organisation auf unserer Homepage http://ezines.onb.ac.at.8080/frida/frauensoli/fs_intro.htm einzusehen.